

Datenschutz-Verordnung
**Nimmt die EU Google,
Facebook & Co an
die Leine?**



Amtsgeheimnis ade
**Neues Info-Recht
für mehr Transparenz
& Bürgernähe**



team@work

DAS MITGLIEDER-MAGAZIN DER HAUPTGRUPPE 1

2/2013



Einsetzen. Durchsetzen. Umsetzen.

Hauptgruppe 1

**Gerne besuche
ich Sie direkt
an Ihrem
Arbeitsplatz!**

Hier finden Sie die beste Lösung für Ihre Geldangelegenheiten.

Wir bieten Ihnen das Neukunden-Paket mit attraktiven Angeboten für:

- ein neues Girokonto
- beliebte Sparprodukte
- eine chancenreiche Veranlagung

**Profitieren Sie von unserem
Know-how für Ihre Veranlagung!**

Nähere Informationen zu diesen Angeboten erhalten
Sie bei Ihrem Ansprechpartner:

Ihre Vorteile:

- **kostenlose Betreuung zu Ihren Wunschzeiten am Arbeitsplatz**
- umfassendes Service in allen Geldangelegenheiten
- besonders günstige Konditionen
- und weitere TOP-Services



**Michael Kramer
Mobiler Kundenberater**

Tel.: 05 0100 6 – 16616
E-Mail: michael.kramer@erstebank.at

oder bei unserer Hotline Telefonnummer 05 0100 16600
E-Mail: finanzpartner@erstebank.at

**FINANZ
PARTNER**

EINE KOOPERATION DER ERSTE BANK UND
WIENER STÄDTISCHE VERSICHERUNG

ERSTE 
BANK

In jeder Beziehung zählen die Menschen.

Politik & Gewerkschaft

- 04 **Facts & Figures**
Nimmt Europa Google, Facebook & Co. an die Leine?
- 05 **Leitartikel**
Weil's endlich Zeit wird für die Reform!
- 06 **Thema**
Leistbares Wohnen für alle!

Hauptgruppe 1

- 10 **Thema**
Amtsgeheimnis ade - Neues Info-Recht!
- 13 **Dienstrecht**
BEM und step2job weisen in richtige Richtung
- 18 **Interview**
Dienststellenausschussvorsitzende im Porträt
- 22 **Gesund & Leben**
Hut ab vor den AlleinerzieherInnen!
- 24 **Hauptgruppe 1**
Das „System“ darf nicht gewinnen!

Fit & Fun

- 28 **Bildung**
Vertragsbedienstete: Bildungskarenz und Bildungsteilzeit
- 32 **Denksport**
Schlaue Köpfe sind bei der Gewerkschaft

Freizeit

- 35 **Facts & Figures**
Ins Vital Hotel Styria, um zu genießen!

Der öffentliche Verkehr im Mittelpunkt



Bild: © Petra Spola

Michael Kerschbaumer
Stellvertretender Vorsitzender der Hauptgruppe 1

Es war der erste schöne Frühlingstag dieses Jahres. „Three steps to heaven“ und „Sag zum Abschied leise servus“ hörten wir von irgendwo her: Ein Lächeln hatte aufgehört zu strahlen. Dienststellenausschussvorsitzende Monika Valenta, personifizierte Lebensfreude, hatte den Kampf gegen ihre Krankheit beispielgebend positiv geführt und dennoch verloren. Wir sind erschüttert, dass sie uns, letztendlich unerwartet, verlassen hat (siehe dazu auch den Beitrag auf Seite 18).

In der Tagespolitik setzen SPÖ und ÖVP weiterhin auf Konfrontation, und erst recht jetzt vor der Nationalratswahl. „Wohnen“, in der SPÖ seit mehr als hundert Jahren politisches Kernthema, hat nun

auch beim Koalitionspartner Interesse und merkwürdige Ideeneruptionen hervorgerufen. In dieser Ausgabe lesen Sie, was der „Querrauner“ (Seite 9) dazu zu sagen hat.

Zur persönlichen Chefsache von GdG-KMSfB-Vorsitzendem Christian Meidlinger wurde das längst geforderte Jobticket gemacht. Private ArbeitnehmerInnen genauso wie öffentlich Bedienstete sollen Jahreskarten für die Öffis bekommen, ohne dass von ArbeitgeberInnen dafür Lohnsteuer oder Sozialversicherung bezahlt werden muss. Die Stadt Wien jedoch, die sich ihr Bekenntnis zum öffentlichen Verkehr sogar durch Volksbefragung hat bestätigen lassen, ziert sich beständig, ihren MitarbeiterInnen diesen Bonus zu gewähren. Rudi Schicker, SPÖ-Klubobmann im Rathaus, hatte sich schon im Dezember gefreut: „Mit dem Jobticket wird der öffentliche Verkehr in den Mittelpunkt gerückt. Das ist ganz in unserem Interesse, denn es gilt, jene zu belohnen, die bereits jetzt umweltfreundlich unterwegs sind.“ Na also, woran hapert's noch?

Michael Kerschbaumer

Nimmt Europa Google, Facebook und Co. an die Leine?

Eine neue Datenschutz-Verordnung soll die Privatsphäre der EU-BürgerInnen schützen. Die Diskussion ist heftig. Die Internetbranche lobbyiert massiv für eine Verwässerung, Gewerkschaften monieren Lücken im betrieblichen Datenschutz, und BürgerInnen fürchten, den Überblick zu verlieren.

Haben Sie schon mal im Internet eingekauft? Vielleicht ein Buch oder Musik? Dann kennen Sie auch die „Empfehlungen“ zu neuesten Bestsellern oder anderen Produkten Ihres Geschmacks, die nun regelmäßig in Ihrem Postkorb einlangen. Möglich machen das jene Daten, die zusätzlich zu den für den Kauf notwendigen Informationen gespeichert werden. Unzählige Sicherheitsfirmen, IT-Branchen sowie soziale Netzwerkanbieter sammeln, speichern, verarbeiten und tauschen Daten – und leben gut davon. Wer Daten sammelt, muss diese auch entsprechend schützen. Sollte es hier zu Missbrauch kommen, muss so bestraft werden, dass es auch große Unternehmen spürbar merken. Die Industrie wehrt sich natürlich.

Das Recht auf Kontrolle über die eigenen Daten

Im Jänner 2012 hat EU-Justizkommissarin Viviane Reding ein Reformpaket zum Datenschutz vorgestellt, das die bestehende Datenschutz-Richtlinie ersetzen soll. Anfang 2014 soll es umgesetzt sein. Das findet breite Unterstützung. Während aber der Berg an Datenansammlungen wächst, hinken die gesetzlichen Datenschutzbestimmungen aus dem Jahr 1995 hinterher. Die Bevölkerung hat das Recht, zu erfahren, wer welche Daten zu welchem Zweck verarbeitet und muss darüber informiert werden, was mit den Daten passiert. Positiv sind daher Be-

„Die KonsumentInnen erwarten, dass sie - trotz des massiven Lobbyings der Industrie - die Kontrolle über ihre Daten zurückbekommen.“



Thomas Kattnig ist Leiter des Referats für Internationale Verbindungen/EU und Daseinsvorsorge der GdG-KMSfB

Bild: © GdG

stimmungen wie die „explizite Zustimmung“ zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten, das „Recht auf Vergessen und Löschung“ speziell in Zusammenhang mit sozialen Netzwerken und die „verpflichtende Einführung von betrieblichen Datenschutzbeauftragten“.

Die in den Entwurf eingearbeiteten Änderungsvorschläge basieren zum Teil auf den rund 3.100 Änderungsanträgen, die Unternehmen, Gewerkschaften, Verbände, Bürgerrechtsorganisationen und andere im vergangenen Jahr gemacht haben. Parallel dazu bearbeitet eine Arbeitsgruppe des EU-Rats ebenfalls den Entwurf. Im Sommer könnte das Parlament über den Text abstimmen. Rat und Parlament müssen schließlich eine neue Verordnung gemeinsam vereinbaren und erlassen. Die KonsumentInnen erwarten, dass sie – trotz des massiven Lobbyings der Industrie – die Kontrolle über ihre Daten zurückbekommen.

Die Position der Gewerkschaft

Die GdG-KMSfB sieht ein europäisches Mindestniveau für ArbeitnehmerInnen, die verpflichtende Einführung von betrieblichen Datenschutzbeauftragten mit Kündigungsschutz und die Gewährung von Fort- und Weiterbildung durchaus positiv. Das war bisher nur auf freiwilliger Basis möglich. Problematisch sind die Schwellenwerte: Der aktuelle Entwurf spricht von 250 ArbeitnehmerInnen, was in Wahrheit kaum mehr als 1 % der Unternehmen betreffen würde. Ein Schwellenwert von 20 ArbeitnehmerInnen oder 250 Datensubjekten – also inklusive KundInnendaten – wäre ein praxisnaher Ansatz. Bei Bestellung des Datenschutzbeauftragten muss die Zustimmung der Belegschaftsvertretung eingeholt werden. Auch muss das Recht auf regelmäßige Beratung und Information garantiert werden. Positiv bewertet wird das Verbot zum Führen oder der Weitergabe von sogenannten „Schwarzen Listen“ aufgrund von Gewerkschaftstätigkeit.

 thomas.kattnig@gdg-kmsfb.at

Mitglied im Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU

So weit liegen Gewerkschaft und Dienstgeberin ja gar nicht auseinander: Bei der Besoldung muss sich etwas verbessern, ist für beide Seiten klar. Und das innerhalb eines überschaubaren Zeitraums, sagt die Gewerkschaft. Die Dienstgeberin will weiterhin qualitätvolle Leistungen, die Gewerkschaft will die entsprechende Bezahlung. Über viele Details sind wir längst im Gespräch mit der Dienstgeberin.



Bild: © Petra Spola

Michael Kerschbaumer
Stellvertretender
Vorsitzender der
Hauptgruppe 1

Weil's endlich Zeit wird für die Reform!

Es geht tatsächlich um nicht mehr und nicht weniger, als ein gut 40 Jahre altes Besoldungssystem auf einen zeitgemäßen Standard zu heben. Am Schluss sollen alle gewinnen – die MitarbeiterInnen durch die auf den Arbeitsplatz zugeschnittenen Gehälter, die Dienstgeberin, weil sie sich kostspieligen Verwaltungsaufwand für die vielen Zulagen erspart.

Was zählt, sind Jobanforderungen

In Zukunft sollen nicht mehr nur die schulische Ausbildung in ihren unterschiedlichen Ausprägungen – einschließlich der Regeln aus dem „Bologna-Prozess“ – den Einkommensverlauf bestimmen, sondern in erster Linie die den MitarbeiterInnen zugeordneten Funktionen. Dafür werden ins Besoldungssystem neue Kriterien, wie Verantwortung und Belastung, einzuziehen sein. Und es soll die historisch gewachsene große Zahl von Zulagen (mit denen die Leistungen der MitarbeiterInnen möglichst realistisch bezahlt werden sollten) auf ein sinnvolles Maß zurechtgestutzt werden, ohne Einkommensverluste zu riskieren. Einen Probegalopp dafür gibt es bereits in MA 34 und MA 37 (zusammengefasste Technikerzulage statt einiger Nebengebühren).

Im dienststellenübergreifenden Arbeitsausschuss der HG 1 für die MitarbeiterInnen des mittleren Verwaltungsdienstes (B-Bedienstete) wurden die Forderungen zur Berücksichtigung der Fachhochschulausbildung bei der

Bezahlung formuliert. Es geht also beispielsweise darum, europaweite Bildungsstandards einschließlich Fachhochschulausbildung im Dienstrecht der Wiener Gemeindebediensteten abzubilden.

Abgehen von Senioritätsprinzip kostet Geld

Mittelfristig wird dem Senioritätsprinzip die letzte Stunde schlagen, wenn es keine pragmatisierten Beamten mehr geben wird. Wenn nicht mehr der Letztbezug für die Pension zählt, lässt sich eine neue Einkommenskurve mit höheren Bezügen beim Einstieg und Verflachung während der Berufslaufbahn entwickeln.

Keine Überraschung für die Dienstgeberin sollte es sein, dass sie für geraume Zeit beide Systeme nebeneinander finanzieren muss. Aber das wusste sie ja schon, als sie die Pragmatisierungen stoppte: Zwei Drittel der KollegInnen sind heute Vertragsbedienstete, für ein Drittel hat sie nur die Ausgaben budgetiert und muss sie natürlich jetzt auch auszahlen.

Rettungs-Notruf unüberhörbar

Die Retter von der Wiener Berufsrettung sind der ewigen Versprechungen in puncto eigenes Gehaltsschema müde. Sie sollen keinesfalls warten müssen, bis die mühsamen Verhandlungen zur Besoldungsreform abgeschlossen sind.

Hört denn keiner außer uns den Rettungsnotruf?

Leistbares Wohnen für alle!

Wieder einmal zeigt sich, dass der „freie Markt“ keine gerechten Verhältnisse schafft. Wohnen ist exorbitant teuer geworden - in Wien sind die Kosten für Mietwohnungen in den vergangenen zehn Jahren explodiert.

Von Norbert Pelzer



Bild: © Petra Spiola

Norbert Pelzer
Vorsitzender der
Hauptgruppe 1

Alles wird teurer, da der Lebensstandard generell steigt“, wird die Kritik an den steigenden Wohnkosten gern als „allgemeines Jammern“ abgetan. Ein Blick auf die Fakten reicht, um den Abwiegern die Dramatik der Entwicklung vor Augen zu führen. Man braucht nur die Statistiken zu durchforsten, die die Mieten über einen längeren Zeitraum erfassen. Das Ergebnis: Kein Wunder, dass sich die Mieter und Mieterinnen beschweren. Innerhalb der letzten zehn Jahre sind die Mieten um zwei Drittel stärker gestiegen als die allgemeine Teuerungsrate, also die Inflation. Im selben Zeitraum wurde aber bei den Löhnen gerade einmal die Inflationsentwicklung abgegolten.

Mietexplosion ist statistisch nachweisbar

Das heißt, dass die Miete allen Erwerbstätigen in einer Mietwohnung einen immer größeren Teil des Einkommens „wegfrisst“. Damit bleibt aber immer weniger Geld für alle anderen Konsumausgaben übrig. In Zahlen: Insgesamt mussten Mieterinnen und Mieter 2010 um 1,89 Milliarden Euro mehr Miete zahlen als im Jahr 2000. Durch die damit verbundene

Konsumeinschränkung sind tausende Arbeitsplätze gefährdet, wie gesamtwirtschaftliche Berechnungen der Arbeiterkammer gezeigt haben.

So weit zur Wirkung – nun zu den Ursachen: Woher die Preistreiberei kommt, sieht man erst anhand der Details. Besonders in Wien, wo ja mehr als drei Viertel aller Menschen in Mietwohnungen leben, ist die Mietexplosion flächendeckend. Insgesamt betrachtet sind alle Mieten von 2000 bis 2010 um mehr als 37 Prozent teurer geworden.

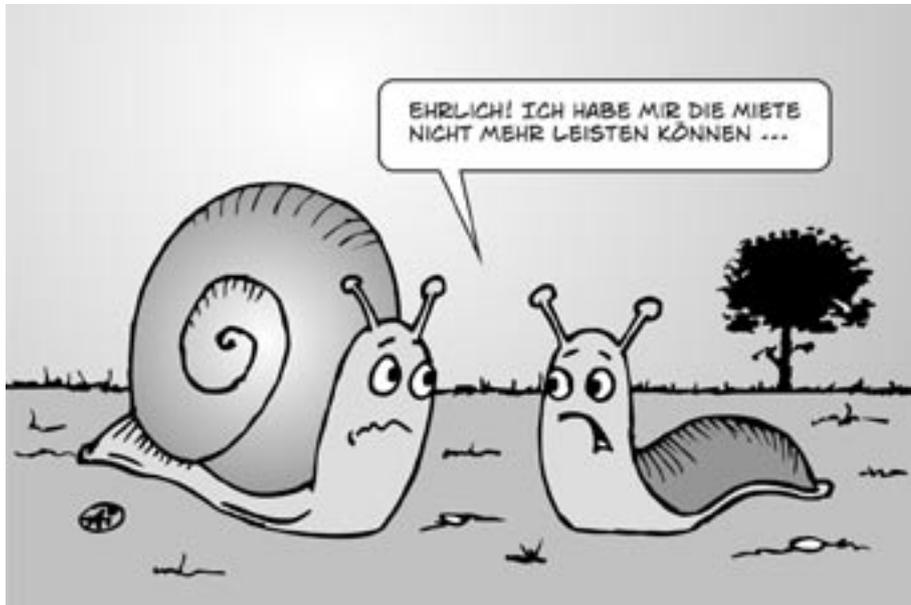
Private sind Preistreiber Nummer eins

Im langjährigen Vergleich, zum Beispiel zwischen 2005 und 2011, sind es vor allem die privaten Mietwohnungen, die um 28 Prozent teurer geworden sind. Für die Mieter im gemeinnützigen Wohnbau und in Gemeindewohnungen ist es relativ glimpflich gelaufen: Hier sind die Preissteigerung mit rund 13 Prozent fast als moderat zu bezeichnen.

Besonders arg fiel der Anstieg bei Altbaumietwohnungen (vor 1945 errichtet) aus. Sie sind innerhalb von zehn Jahren um 45 Prozent teurer geworden. Und es zeigt sich, dass es nicht die Betriebskosten waren, die die Mieten in die Höhe getrieben haben, sondern die reinen Hauptmieten. Un die Vermieter? Fast vier von fünf Vermietern sind Private.

Wer das – man muss schon sagen – Pech hat, in einer befristeten Mietwohnung zu wohnen, den hat es besonders arg erwischt. Denn entgegen der Absicht, Mietwohnungen durch Befristungen billiger zu machen, hat sich der gegenteilige Trend entwickelt. Rein juristisch gesehen müsste auf ein befristetes Mietverhältnis ein Abschlag von 25 Prozent gewährt werden. In Wirklichkeit liegt der Mietzins hier deutlich über den zulässigen Richtwerten. Und die Vermieter? In 94 Prozent der Fälle sind es Private.

„Das Heil in der Privatisierung von Gemeinde- und geförderten Genossenschaftswohnungen zu suchen, wie dies die ÖVP immer wieder beabsichtigt, ist gefährlicher Unsinn.“



„Wohnen muss ein Grundrecht sein und darf nicht Luxus werden.“

Auch bei Neuvermietungen sind im privaten Sektor die stärksten Teuerungen zu beobachten. Während Gemeindewohnungen und Wohnungen von gemeinwirtschaftlichen Bauvereinigungen ihre Teuerungen an die Inflation anpassten, ist im privaten Segment der Preis im selben Zeitraum doppelt so stark gestiegen wie die Inflation.

Der freie Markt schafft keine leistbaren Wohnungen! Diese Fakten, die in Studien der Arbeiterkammer, der Technischen Universität und des Wirtschaftsforschungsinstitutes (WIFO) nachzulesen sind, beweisen ganz klar: Negative gesamtwirtschaftliche Konsequenzen – also arbeitsplatzgefährdende Konsumeinschränkungen – kommen deshalb zustande, weil der freie Markt es nicht schafft, genügend leistbare Wohnungen zu bauen! Der so genannte freie Markt fördert das Hochziehen hochpreisiger

Luxuswohnungen – um leistbare Wohnungen für alle sichert er sich nicht. Das Heil in der Privatisierung von Gemeinde- und geförderten Genossenschaftswohnungen zu suchen, wie dies die ÖVP immer wieder beabsichtigt, ist daher bloß gefährlicher Unsinn. Zum einen würden die Wohnungspreise weiter in die Höhe schießen, und zum anderen zeigt eine WIFO-Studie eines ganz deutlich: Wo der Fokus auf Eigentumsimmobilien gelegt wird, wie etwa in Großbritannien, in den USA oder Spanien, dort ist die Gefahr einer Immobilienblase und der Überschuldung privater Haushalte besonders hoch.

Neue Rahmenbedingungen schaffen!

Statt Spekulanten zu befriedigen ist vielmehr eine andere Politik angesagt. Eine, die nicht auf den freien Markt, sondern auf entsprechende Rahmenbe- →

Billiger Wohnen kommt nicht von allein

- **Mietzinsobergrenzen: Zuschläge für Richtwertmieten müssen begrenzt werden!**
- **Befristungen massiv einschränken: Wenn schon Befristungen, dann sollen sie das Wohnen billiger machen!**
- **Zweckgewidmete Wohnbauförderung: Geld für Wohnbau soll auch für Wohnbau (und nicht nur für Sanierung!) ausgegeben werden!**
- **Mehr Wohnbau: Mehr Geld heißt auch mehr Wohnungen!**
- **Sozialer Wohnbau: Geförderter Wohnbau dämpft die Entwicklung der Grundstückspreise!**
- **Keine Privatisierungen: Der „freie Markt“ treibt die Preise in die Höhe!**
- **Weniger Gebühren: Maklergebühren sollen die Vermieter übernehmen!**



Bild: © wikipedia.org

dingungen setzt. Es müssen im Bereich des Wohnens neue Spielregeln geschaffen werden! Regeln, die Preistreiberei im (privaten) Mietwohnungsbereich unterbinden, Regeln, die den sozialen Wohnbau fördern. Und Regeln, die eines deutlich machen: Wohnen muss ein Grundrecht sein und darf nicht zum Luxus werden! Dafür sind Maßnahmenpakete zu schnüren, die umfassend sind und nachhaltig wirken. Vor allem in Wien! Weil Wien von allen urbanen Gebieten in Österreich am stärksten wächst und jährlich tausende neue Wohnungen gebraucht werden. Sonst fahren durch eine zukünftige absehbare Wohnungsnot die Mieten durch den Plafond. Und dagegen muss man sich durch kluges politisches Handeln zu Wehr setzen. Jetzt!

✉ norbert.pelzer@wien.gv.at

„Negative gesamtwirtschaftliche Konsequenzen - also arbeitsplatzgefährdende Konsumeinschränkungen - kommen deshalb zustande, weil der freie Markt es nicht schafft, genügend leistbare Wohnungen zu bauen!“

Meinung

Wohnen in Wien

Für PolitikerInnen wurde das Thema Wohnen zum Wahlkampfthema. Für jeden von uns war und ist es schon lange ein permanentes Thema.

Die Wohnkosten steigen unproportional zu unseren Einkommen, und das schon jahrelang. Ein Viertel der Bevölkerung muss die Hälfte seines Einkommens für die Finanzierung eines verbrieften Menschenrechts ausgeben. Das bedeutet für viele Menschen eine riesige finanzielle Belastung. In Wien kommt es immer öfter zu Delogierungsverfahren, weil sich die Menschen gerade in der schwierigen Zeit der erhöhten Arbeitslosigkeit das Wohnen nicht mehr leisten können.



Foto: © Bezirksmuseum Landstrasse

Die Politik ist gefordert, Rahmenbedingungen herzustellen, die es gerade jungen Menschen ermöglichen, ihre eigenen vier Wände zu schaffen, aber auch zu erhalten. Wir leben in einer Zeit veränderter Familienstrukturen, es gibt immer mehr AlleinerzieherInnen und Singles. Der kommunale Wohnbau muss endlich darauf reagieren und den Menschen kleinere, finanzierbare Wohnungen zur Verfügung stellen.

✉ felix.steiner@wien.gv.at

Querraunzer



Es geht um viel mehr als um Peter Pilz

Soll Peter Pilz raus aus seiner Gemeindewohnung? – Eine Frage, die Österreichs Politik und Medien offenbar zutiefst bewegt. In meinen Augen: total peinlich. Das so wichtige Thema Wohnen wird in guter österreichischer Manier wieder einmal auf einen plumpen Neiddiskurs reduziert – oberflächlich, populistisch. Schade, denn Wohnen ist ein menschliches Grundbedürfnis, das uns alle berührt und daher tiefer gehend und sachlich diskutiert werden sollte.

Fakt ist: Österreich leidet beim Thema Wohnen unter einem völligen Kompetenz-Chaos. Für das Wohnen sind insgesamt sieben Ministerien zuständig. Betrachtet man die Gesetze, so wird die Sache auch nicht besser: Das schwer verständliche Mietrecht ist ein Bundesgesetz. Wohnbeihilfe und Wohnbauförderung sind Landessache (Wohnbaugelder wurden leider auch zum Spekulieren mit öffentlichen Mitteln verwendet).

In vielen – vor allem sehr kleinen – Gemeinden ist der Zugang zur Gemeindewohnung Sache des Bürgermeisters. Vergaberichtlinien? Gibt es meist nicht. Auch die Wohnbau-Aktivitäten sind in den Gemeinden völlig divers: Manche Kommunen forcieren Genossenschaftswohnbau, manche die privaten Häuslbauer, andere machen einfach nichts. So weit, so unübersichtlich.

Anders ist die Lage in Wien, wo die Politik seit mehr als 90 Jahren das Schaffen von Wohnraum als kommunale Aufgabe begreift. Dennoch gerät die Stadt ins Strudeln. Sie kann mit der dynamischen Bevölkerungsentwicklung nicht Schritt halten. Jedes



Bild: © PID

Jahr wächst Wien um 15.000 bis 20.000 Menschen, gebaut werden aber nur ca. 6.500 (geförderte) Wohnungen. Und die können sich WenigverdienerInnen oft nicht leisten. Der Eigenmittelanteil ist zu viel hoch. Die starke Nachfrage nach Wohnraum heizt den Markt an: Im Vorjahr sind die privaten Mieten um fast zehn Prozent gestiegen.

Was also tun? „Die Reichen aus den Gemeindebauten jagen“, meint die ÖVP. „Wir wollen keine Armenhäuser“, kontert die SPÖ. Wir können es drehen und wenden, wie wir wollen. Peter Pilz hin, Peter Pilz her: Die Politik muss die Kompetenzen und Gesetze beim Thema Wohnen grundsätzlich überdenken und neue, zeitgemäße Rahmenbedingungen schaffen, die das rasche Bauen von (wirklich) leistbaren Wohnungen ermöglichen.

Wendelin

Amtsgeheimnis ade – neues Info-Recht!



Mehr Transparenz, mehr Bürgerrechte: Die Bundesregierung plant ein neues Informationsfreiheitsgesetz, bei dem das Recht auf Information an erster Stelle steht.

Von Karin Zauner

Das ist ein Amtsgeheimnis! Darüber können wir Ihnen leider keine Auskunft geben!“ – Mit dieser Aussage werden viele BürgerInnen tagtäglich von Behörden abgewimmelt – insbesondere, wenn die Themen „unangenehm“ sind. Das Amtsgeheimnis und die Auskunftspflicht sind in Österreich in der Verfassung verankert. Im Zweifelsfall wird immer für die Geheimhaltung entschieden. Doch wie sich dagegen wehren? Die Möglichkeiten sind eingeschränkt. In Sachen transparenter Staat liegt Österreich innerhalb der EU weit hinten. Das soll künftig anders werden.

Demokratie braucht Transparenz

Die Bundesregierung plant ein neues Informationsfreiheitsgesetz nach Hamburger Vorbild. Durch dieses Gesetz soll der gegenwärtig geltende Grundsatz umgekehrt werden: Derzeit fällt alles unter das Amtsgeheimnis, was nicht öffentlich ist. Künftig wäre alles öffentlich, was nicht der Geheimhaltung unterliegt. Das Recht auf Zugang zu amtlichen Informationen soll an erster Stelle stehen. Nur bei Vorliegen von ganz konkreten Geheimhaltungsgründen darf dieses wichtige Bürgerrecht verweigert werden. Im SPÖ-Entwurf sind folgende sechs Geheimhaltungsgründe zu finden:

- zwingende außen- und EU-politische Gründe
- nationale Sicherheit, militärische Landesverteidigung
- Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit
- die Wahrung besonders wichtiger öffentlicher Interessen
- die Wahrung überwiegender berechtigter Interessen eines anderen

Neuer Grundsatz: „Alles ist öffentlich, was nicht der Geheimhaltung unterliegt.“

Geplant: Öffentliches Informationsregister

Über ein neues Informationsregister sollen wichtige Dokumente den BürgerInnen online zugänglich gemacht werden. Es handelt sich um Dokumente, die über die Verwendung von Steuergeldern Auskunft geben: Subventionsvergaben, mit Steuergeld bezahlte Gutachten, Studien, amtliche Statistiken, Erlässe und Rundschreiben sowie Verträge, sofern deren Veröffentlichung keine geschäftlichen Interessen verletzt. Auch Regierungsbeschlüsse und die Urteile von Gerichten sollen einsehbar werden.

Initiative „Transparenzgesetz.at“

Der ehemalige profil-Journalist Josef Barth und der Politologe und Anti-Korruptionsexperte Hubert Sickinger begrüßen die Pläne der Bundesregierung. Beide haben über den Blog „Transparenzgesetz.at“ mehr als 8.300 Unterschriften für ein umfassendes Recht der BürgerInnen auf Information gesammelt. Österreich sei das letzte Land der alten EU-15, in dem das Amtsgeheimnis noch in der Verfassung stehe, ist dort zu lesen.

Ziele

- Korruption erschweren
- Steuerverschwendung vorbeugen
- Misstrauen abbauen
- Vertrauen in Politik und Verwaltung stärken
- Verwaltungsabläufe vereinfachen
- Mitbestimmung erleichtern

Frei zugängliche Informationen seien ein wirksames Mittel gegen Steuerverschwendung und Korruption, betonen Barth und Sickinger immer wieder. „Wenn die BürgerInnen frühzeitiger Einblick erhalten, werden sie auch frühzeitig auf mögliche Missstände aufmerksam machen.“

Wie es weitergeht

Staatssekretär Josef Ostermayer (SPÖ) hat einen Entwurf für ein Informationsfreiheitsgesetz im März 2013 präsentiert. Sebastian Kurz soll für die ÖVP die Positionen ausarbeiten. Uneinig sind sich SPÖ und ÖVP bei der Berufungsinstanz. Die SPÖ schlägt ein unabhängiges Verwaltungsgericht vor, die ÖVP tendiert zur Volksanwaltschaft. Wird das neue Gesetz wiederum eine Verfassungsbestimmung, dann gehören alle Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) zu seinem Wirkungsbereich. Für eine Verfassungsänderung ist eine Zweidrittelmehrheit im Nationalrat nötig.

Von einer Volksinitiative zum Hamburgischen Transparenzgesetz

Das vorbildliche Hamburgische Transparenzgesetz ist seit 6. Oktober 2012 in Kraft. Über 15.000 BürgerInnen hatten dieses Gesetz im Rahmen der Volksinitiative „Transparenz schafft Vertrauen“ gefordert. In Hamburg müssen künftig Politik und Verwaltung alle Dokumente von öffentlichem Interesse unaufgefordert und kostenfrei im Internet zur Verfügung stellen. Die Stadt hat zwei Jahre Zeit, ein Online-Informationsregister aufzubauen. Dieser Prozess wird von einem unabhängigen Beirat begleitet. Auch der Kontakt zu den Behörden und die Mitbestimmung sollen erleichtert werden. Über das Portal „Frag den Staat“ (<http://fragdenstaat.de/hamburg>) können die BürgerInnen Fragen an die 63 Hamburger Behörden richten.

„In Hamburg müssen künftig Politik und Verwaltung alle Dokumente von öffentlichem Interesse unaufgefordert und kostenfrei im Internet zur Verfügung stellen.“

//fragdenstaat.de/hamburg) können die BürgerInnen Fragen an die 63 Hamburger Behörden richten.

Transparenter Staat statt „gläserner“ BürgerInnen

Es geht beim Hamburgischen Transparenzgesetz um den transparenten Staat statt um den „gläsernen“ Bürger. Die Maxime der Initiative in Hamburg lautet: öffentliche Daten nützen, private schützen.

Das neue Gesetz beinhaltet unter anderem auch eine Ausweitung des Behördenbegriffs: Es werden davon auch Private erfasst, die öffentliche Aufgaben, insbesondere der Daseinsvorsorge, wahrnehmen und dabei der Aufsicht oder Kontrolle der Stadt Hamburg unterliegen.

Personenbezogene Daten sowie juristisch klar definierte Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse bleiben geschützt. In Zweifelsfällen entscheidet der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit.

✉ karin.zauner@wien.gv.at



Veröffentlichungspflicht in Hamburg

Der Veröffentlichungspflicht unterliegen in Hamburg beispielsweise alle Senatsbeschlüsse, Verträge der Daseinsvorsorge (über 100.000 Euro), Förderungen (über 1.000 Euro), Haushalts-, Stellen-, Bewirtschaftungs-, Organisations-, Geschäftsverteilungs- und Aktenpläne, Globalrichtlinien, Fachanweisungen und Verwaltungsvorschriften, amtliche Statistiken, Tätigkeitsberichte, Gutachten und Studien, Geodaten, Ergebnisse von Messungen, Pläne, Unternehmensdaten städtischer Beteiligungen und die Gehälter der Führungskräfte im öffentlichen Dienst. Die Daten müssen mindestens zehn Jahre ab ihrer letzten Änderung zur Verfügung gestellt werden.

Fragebogen: Was will die Pensionsversicherung von mir?



Bild: © Petra Spiola

Viele Vertragsbedienstete fragen sich derzeit, was sie mit dem Fragebogen der Pensionsversicherungsanstalt (PVA) machen sollen. Sie versendet seit Ende 2012 Fragebögen, um Versicherungsdaten für das neue Pensionskonto zu erheben. Bei denjenigen, die den Fragebogen bekommen, weisen die PVA-Daten eventuell Lücken auf. Vor allem geht es dabei um Schul- und Ausbildungszeiten, Zeiten der Kindererziehung, Erwerbstätigkeit und eventuell lückenhafte Angaben zu Präsenz- und Zivildienst.

Ab 1. Jänner 2014 werden die Pensionen ausschließlich mit dem neuen Pensionskonto berechnet. Alle Personen, die ab 1. Jänner 1955 geboren sind und bis zum 31. Dezember 2004 mindestens ein Versicherungsmonat erworben haben, erhalten eine Kontoerstgutschrift. Das bedeutet, dass alle bis 2013 erworbenen Versicherungsmonate zusammengeführt und ins neue Pensionskonto übertragen werden. Somit kann die Pensionshöhe auf Basis eines einzigen Pensionskontosystems berechnet werden. Bearbeiten Sie daher auf jeden Fall das Formular der PVA, und senden Sie es unterschrieben an die Anstalt zurück. Es geht um Ihre korrekte Kontoerstgutschrift und eines Tages auch um Ihre Pension!

Info der Pensionsversicherung:
<http://goo.gl/t5dbT>

 guenter.unger@wien.gv.at

Worauf hat man bei Beendigung des Dienstverhältnisses Anspruch?



Bild: © Petra Spiola

Unter bestimmten Voraussetzungen haben Vertragsbedienstete nach mindestens dreijährigem Dienstverhältnis vor dem 1.1.2005 Anspruch auf Abfertigung: nach 3 Jahren das Zweifache, nach 5 Jahren das Dreifache, nach 10 Jahren das Vierfache, nach 15 Jahren das Sechsfache, nach 20 Jahren das Neunfache, nach 25 Jahren das Zwölffache des letzten aktiven Monatsbezugs (§ 3 Abs. 2 der Besoldungsordnung 1994).

Für Vertragsbedienstete mit Dienstverhältnis ab 1.1.2005 gilt (mit einigen Ausnahmen) die „Abfertigung neu“. Sie gebührt seither bei jeder Beendigung des Dienstverhältnisses (MitarbeiterInnenvorsorgegesetz). Dafür hat die Stadt Wien ab Beginn des Dienstverhältnisses 1,53 % vom jeweils gebührenden Entgelt an die MitarbeiterInnenvorsorge zu überweisen. Bei Dienstende besteht Anspruch auf eine Ausfertigung der Arbeitsbescheinigung für das AMS. Während der Kündigungsfrist sind dem Vertragsbediensteten auf sein Verlangen wöchentlich acht Stunden (bei Teilzeitbeschäftigung der entsprechende Stundenanteil) zur Jobsuche freizugeben. Unter gewissen Voraussetzungen kann der nicht verbrauchte Erholungsurlaub finanziell abgegolten werden (Urlaubsentschädigung § 28, Urlaubsabfindung § 29 Vertragsbedienstetenordnung).

Nähere Infos unter www.fsg-hg1.at.

 margit.pollak@wien.gv.at

Krank im Urlaub, was tun?



Bild: © Petra Spiola

Endlich kann man seinen Erholungsurlaub antreten. Die Freude ist groß, der Körper schaltet auf Entspannung, und es kann doch einmal passieren: Man wird krank. Die Dienstordnung ist hierbei eindeutig. Es wird nicht unterschieden, ob die Erkrankung bzw. ein Unfall im Inland oder im Ausland passiert. Die Erkrankung ist nach dreitägiger Dauer unverzüglich der Dienststelle zu melden. Spätestens bei Wiederantritt des Dienstes ist der Dienststelle eine Krankmeldung des zuständigen Krankenversicherungsträgers (KFA, WGKK, ...) über Beginn und Dauer der Dienstunfähigkeit zu übergeben. Achtung: Wenn durch die Erkrankung das Ende des Erholungsurlaubes überschritten werden sollte, ist diese Krankmeldung verpflichtend erforderlich. Wird sie nicht abgegeben, gilt die Abwesenheit als ungerechtfertigt und hätte dienstrechtliche Konsequenzen. Liegen alle Voraussetzungen vor, ist die Zeit der Erkrankung, zu der eigentlich Dienst zu versehen gewesen wäre, nicht dem Erholungsurlaub anzurechnen. Vorsicht: Durch Erkrankung verlängert sich der Erholungsurlaub nicht automatisch.

 manfred.obermueller@wien.gv.at

BEM und step2job weisen in richtige Richtung

Der Magistrat ist nun endlich einer längst erhobenen Forderung der Gewerkschaft nachgekommen und hat „Betriebliches Eingliederungsmanagement - BEM“ und „step2job“ als neue, notwendige Instrumentarien eingeführt.



Bild: © Petra Spölla

Manfred Obermüller

 Stellvertretender
 Vorsitzender der
 Hauptgruppe 1

Modernes Personalmanagement erfordert gezielte Maßnahmen, damit MitarbeiterInnen länger im Arbeitsprozess bleiben können. Es reicht nicht, tüchtige und sehr gute KollegInnen zum Gesamtwohl der Stadtverwaltung zu fördern. Vielmehr ist die Dienstgeberin auch angehalten, ihrer sozialen Verantwortung nachzukommen. Schwer integrierbare Bedienstete bzw. Personen, die aus Krankheitsgründen ihren Dienst in der derzeitigen Dienststelle bzw. ihre Tätigkeit nicht mehr ausüben können, sollen bei der Suche nach einem passenden Arbeitsplatz unterstützt werden.

step2job statt Arbeitsplatzverlust

Mit step2job werden Bedienstete, die sich verändern wollen oder sollen, durch die Dienststellen zu unterstützt, geeignete Tätigkeiten in anderen Bereichen finden, die ihren Interessen, Eigenschaften und Möglichkeiten entsprechen. Die bisherige und die neue Dienststelle sind unter Einbindung der MA 3 und der Personalvertretung bemüht, diese KollegInnen bestmöglich zu integrieren. Hier wird besonderes Augenmerk darauf gelegt, dass mit den neuen KollegInnen wertschätzend und umsichtig umgegangen wird, insbesondere dann, wenn sie die Veränderung nicht selbst initiiert haben. Nach sechs Monaten wird eine „ehrliche“ MitarbeiterInnenbeurteilung angefertigt, die die fachliche und soziale Kompetenz bewerten soll. Sollten drei Integrationsversuche in drei Dienststellen scheitern, kann die Dienstgeberin das Dienstverhältnis auflösen.

BEM: Hilfe beim passenden Arbeitsplatz

Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) dient hingegen dazu, MitarbeiterInnen, die aus gesundheitlichen Gründen ihre bisherigen Tätigkeiten nicht mehr oder nur eingeschränkt ausüben können, länger im Arbeitsbetrieb zu halten und Vorkehrun-

gen zu treffen, um Dienstunfähigkeit zu vermeiden. Die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit kann in anderen Bereichen oder Dienststellen erfolgen. Notwendige Erhebungsschritte werden von den Pilotdienststellen unter Begleitung der MA 3 und – auf Wunsch der betroffenen MitarbeiterInnen auch der Personalvertretung –, eingeleitet und umgesetzt. Neben der Wiederherstellung der Gesundheit und der Arbeitsfähigkeit geht es vor allem auch darum, massive Einkommensverluste durch vorzeitige Pensionierungen zu vermeiden. Auf die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen wird mittels schriftlicher Zustimmung der betroffenen Personen besonders geachtet.

Als Gewerkschaft erachten wir diese Maßnahmen als erste Schritte in die richtige Richtung. Es wäre wünschenswert, dass sich alle Dienststellen im Magistrat daran beteiligen. Wir fordern, umgehend Verbesserungen für altersgerechtes Arbeiten zu schaffen. Die gestiegene Lebenserwartung und die damit einhergehende Anhebung des Pensionsantrittsalters begründen diese Forderung, damit nicht wertvolles MitarbeiterInnenwissen verloren geht. Immerhin kann Arbeiten bei geeigneten Rahmenbedingungen bis ins hohe Alter Spaß machen. Als FSG versprechen wir, bei dieser Forderung nicht locker zu lassen.

 manfred.obermueller@wien.gv.at

„Ein Hauptziel ist das Verhindern von massiven Einkommensverlusten durch eine vorzeitige Pensionierung.“

„Wie gehen wir mit Fehlern um?“

Warum Partizipation und das „Wir-Gefühl“ im Magistrat besonders wichtig sind und was er sich von Führungskräften erwartet, erklärt Mag. Wolfgang Müller (MBA) im Interview mit teamwork-Redakteurin Ing.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Karin Zauner.

Ihr Geschäftsbereich „Organisation und Sicherheit“ organisiert den so genannten Strategiedialog. Was ist das genau?

Der Strategiedialog ist ein von Magistratsdirektor Dr. Hechtner geschaffenes Workshop-Format, bei dem sich alle DienststellenleiterInnen des Kernmagistrats beteiligen und gemeinsam an den Strategien der Stadtverwaltung arbeiten. Grundlage der Diskussion ist das so genannte Strategie-Haus. In diesem Haus haben wir versucht, jene Kernthemen zusammenzufassen, mit denen wir uns als Stadtverwaltung beschäftigen wollen und müssen.

Warum ist im Strategiedialog die Führungsqualität als erstes Thema angegangen worden?

Die Idee zu den Führungsgrundsätzen ist von den Kolleginnen und Kollegen gekommen. Die Führungsgrundsätze sind unter breiter Einbindung der Führungskräfte und mit Kolleginnen und Kollegen unterschiedlicher hierarchischer Bereiche unter Federführung der Verwaltungsakademie entwickelt worden. Ich sehe hier breiten Konsens.

Können sich alle KollegInnen auf diese fünf Führungsgrundsätze berufen?

Die Führungsgrundsätze sind Leitlinien, die sich die Führungskräfte des Hauses selber vorgegeben haben. Und: Ja, wir alle werden uns daran halten müssen. Wichtig ist, dass wir nichts vorschreiben, was wir nicht selbst leben. Es geht um die Vorbildwirkung jeder einzelnen Führungskraft. Das ist der Punkt. Man

„Es muss uns gelingen, ein Klima zu schaffen, in dem wir uns über Fehler konstruktiv und sachlich austauschen und diese Diskurse nutzen, um besser zu werden.“

darf nicht unterschätzen, wie sehr wir alle im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehen.

Wie wichtig ist Ihnen das offene Ansprechen von Konflikten?

In den Führungsgrundsätzen kommt zum Ausdruck, dass die Führungskräfte Konflikte offen ansprechen wollen. Das ist ein Thema, das mir persönlich sehr, sehr wichtig ist. Es muss möglich sein, über schwierige Inhalte auf der Sachebene zu sprechen. Durch Verschweigen kommen wir nicht weiter. Wenn wir nicht offen miteinander reden, werden wir nie zu einem „Wir-Gefühl“ kommen.

Was meinen Sie mit „Wir-Gefühl“?

Eine Wissensgesellschaft ist eine Gesellschaft, die überhaupt nur im „Wir“ leistungsfähig ist. Es bedeutet auch, dass wir dem Thema MitarbeiterInnen-Partizipation besonderes Augenmerk schenken. Das ist auch ein ganz zentrales Thema im Strategiedialog. Wir wollen das Wissen unserer Kolleginnen und Kollegen in die Entscheidungsprozesse einbinden.

Zum Beispiel über wien.team?

Ja! Wir haben heute im wien.team fast 9.000 TeilnehmerInnen. Wir stehen in der Verwaltung immer wieder vor der Aufgabe, zentrale Strukturen zu entwickeln, die in irgendeiner Form für alle gelten sollen. Und da besteht immer ein Risiko, dass man etwas übersieht und dann irgendwelche Entscheidungen trifft, wo sich so manche wundern. Über wien.team laden wir die Kolleginnen und Kollegen ein, mitzureden – ob es nun um Beschwerdemanagement oder um eine neue Büroordnung geht.

Ist ein neues Thema auf wien.team geplant?

Es soll einen neuen Wirtschaftsauftritt der Stadt geben. Der ist vom Presse- und Informationsdienst Wien entwickelt worden, und den möchten wir jetzt den Kolleginnen und Kollegen über wien.team zeigen – mit der Bitte um kritisches Feedback.

Warum gerade ein Wirtschaftsauftritt?

Wir befassen uns im Moment mit der Frage: Wie können wir der Wirtschaft möglichst gut entgegenkommen und möglichst optimale Rahmenbedingungen schaffen? Gerade in diesem Bereich planen wir derzeit die Konzentration der Betriebsanlagenver-

Magistratsdirektor-Stellvertreter, Bereichsdirektor für Organisation und Sicherheit Mag. Wolfgang Müller (MBA)

fahren auf vier Standorte, um hier den neuen Unternehmen ein noch hochwertigeres Service zu bieten.

Apropos Service: Die Stadt Wien bietet sehr viele Services und Hotlines an. Es gibt Stimmen, die meinen, dass die Eigenverantwortung der Menschen wieder stärker betont werden müsste. Wie denken Sie darüber?

Ich denke nicht, dass das ein Widerspruch ist. Es verändert sich ganz einfach die Art und Weise, wie man mit dem Thema Verwaltung umgehen muss. Die Kundinnen und Kunden sind es gewohnt, viele Dinge auf einfache Art und Weise zu bekommen. Und es ist für sie manchmal überraschend, dass sie auf Ämter gehen müssen. Bei der Parkraumbewirtschaftung ist es uns gelungen, ein simples, vollelektronisches Abwicklungssystem zu schaffen. Auch das Projekt „Parkpickerl online“ war in der Administration sehr erfolgreich. Fast zwei Drittel aller Parkpickerl wurden online bestellt. Derartiges wird auch von einer modernen Stadtverwaltung erwartet.

Wie wichtig ist Ihnen Vertrauen?

Vertrauen und eine konstruktive Fehlerkultur sind Themen, die dem Magistratsdirektor sehr wichtig sind und die wir im Strategiedialog ansprechen. Uns ist wichtig, den Kolleginnen und Kollegen zu vermitteln, dass Fehler immer passieren werden. Die Frage ist nur: Wie gehen wir mit Fehlern oder Kritik um? Es muss uns gelingen, ein Klima zu schaffen, in dem wir uns über Fehler konstruktiv und sachlich austauschen und diese Diskurse nutzen, um besser zu werden.

Moderne Stadtverwaltung heißt KundInnenorientierung. Was bedeutet dieses Wort für Sie?

Eines der besten Beispiele für KundInnenorientierung ist für mich Gender Mainstreaming. Sehr lange haben wir in der Stadt nicht ausreichend wahrgenommen, dass beispielsweise Mädchen und Burschen in ihrem Freizeitverhalten unterschiedliche Bedürfnisse haben. Die Umsetzung von Gender Mainstreaming ist für mich für die Qualität und Treffsicherheit unserer Leistungen besonders wichtig.

Die Gesellschaft verändert sich immer mehr in Richtung Wissensgesellschaft. Wie geht die Stadt damit um?

In meinem unmittelbaren Bereich arbeiten rund 70 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und jede Einzelne bzw. jeder Einzelne weiß über den jeweiligen Aufgabenbereich mehr als ich. Zu glauben, dass die Führungskräfte alles besser wissen als ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, halte ich für einen Trugschluss. Das gilt insbesondere für eine dynamische, moderne Gesellschaft wie unsere. Das heißt – weitergedacht –, dass viele meiner MitarbeiterInnen aufgrund ihres Wissens in Wirklichkeit auch Führungsaufgaben wahrnehmen. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass sie optimal eingesetzt sind und bestens unterstützt werden.



Bild: © PID

Das Strategie-Haus

Das so genannte Strategie-Haus ist die Grundlage des Strategiedialogs. Es beschreibt die großen Kernthemen für die Weiterentwicklung der Stadtverwaltung:

- Orientierung an Kundinnen und Kunden
- Effiziente Aufgabenerledigung
- Orientierung an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

Mehr dazu unter: [https://](https://www.intern.magwien.gv.at/md-os/li/strategie/strategiedialog-zukunft-im-zentrum.html)

www.intern.magwien.gv.at/md-os/li/strategie/strategiedialog-zukunft-im-zentrum.html

5 Führungsgrundsätze

- Ethisch handeln
- Wirtschaftlichkeit und soziale Verantwortung verbinden
- Vertrauen und Anerkennung geben
- Respekt und Verantwortung leben
- Identifikation und Innovation fördern

Mehr dazu unter: [https://](https://www.intern.magwien.gv.at/mva/pe/fuehrungsgrundsaeetze.htm)

www.intern.magwien.gv.at/mva/pe/fuehrungsgrundsaeetze.htm



Zehn Jahre Rettungsakademie der Wiener Rettung

„learning by doing“ war lange Zeit das Ausbildungsmotto der Wiener Rettung - neben dem zweijährlich abends stattfindenden Sanitätsgehilfenkurs.

In den 90iger Jahren wurde auf Initiative des damaligen Chefarztes Dr. Alfred Kaff lange vor dem Sanitättergesetz für die bestehenden Sanitätsgehilfen im eigenen Haus eine erweiterte Ausbildung mit Praxis im Krankenhaus angeboten. So wurden aus den Sanitätsgehilfen innerhalb der Wiener Rettung Rettungssanitäter, später Notfallsanitäter herangebildet. Zeitgleich wurden auch die wiederkehrende Überprüfung der Reanimationsmaßnahmen und Fahrzeugkontrollen an damals einsatzarmen Sonntagen eingeführt.

2003, mit Inkrafttreten des Sanitättergesetzes, wurde unsere Schule zur Rettungsakademie mit zwölf Sanitätterdienstposten, einem Modul- und einem Arzt als wissenschaftlich-medizinischer Leiter. Zwei Mal jährlich finden Ausbildungen für Notfallsanitäter sowie zu ihren „erweiterten Kompetenzen“ wie Venenzugang und Intubation statt.

Die Anforderungen, die an die auszubildenden Sanitäter und an das Lehrpersonal selbst gestellt werden, sind umfassend und speziell, sodass eine Ausbildungsstätte wie unsere Rettungsakademie nicht mehr wegzudenken ist. Sie ist auch ein Garant für die zukünftige wissenschaftlich-medizinische Weiterentwicklung im Rettungswesen.

 gerhard.angster@wien.gv.at

Nur 400 Quadratmeter für Heli-Landung

Bis zu 250 km/h schnell ist der in der Seestadt Aspern stationierte Rettungshubschrauber des ÖAMTC, der mit NotärztInnen und SanitäterInnen der Wiener Berufsrettung besetzt ist. In maximal sechs Minuten zwischen 6 Uhr früh und Sonnenuntergang ist das Rettungsteam an jedem Punkt in Wien, wenn es einen geeigneten Platz zum Landen gibt. Hier sind die langjährigen Piloten des ÖAMTC wahre Meister: In 50 Prozent der Fälle gelingt dies im Umkreis von 50 Metern vom Notfallgeschehen. 20 x 20 m braucht der Helikopter zum Landen und natürlich auch eine nicht überspannte Straßenkreuzung. Im Laufe der Jahre gab es schon viele spektakuläre Landungen – im Zentrum der Innenstadt vor dem Steffl, zwischen abgestellten PKWs auf einem kleinen Privatparkplatz.

 gerhard.angster@wien.gv.at



Bild: © Helga Longin

Die Hilfe kommt von oben - und braucht dafür nur 400 Quadratmeter Landeplatz.

Gerettet mit Seiltechnik und Rettungs-Heli

Schlimm erwischt hatte es einen Mann bei seinem Sturz in einen Silo. Als Glück im Unglück erwies sich, dass Berufsrettung und Berufsfeuerwehr in ihren Teams Seiltechniker haben. Die 20 Mitarbeiter der Berufsrettung führen alle ihr „First Responder“-Seiltechnikequipment im Einsatzwagen mit. Den Schwerverletzten aus seiner schlimmen Lage zu retten war alles andere als eine Kleinigkeit, war es doch im engen Silo stockdunkel, 40 Grad heiß, und es stank erbärmlich nach Teer.

Dennoch gelang eine erste medizinische Betreuung, ehe das Unfallpfer mit Spineboard und Schleifkorbtrage per Motorwinde aus seiner Zwangslage befreit werden konnte. Am Eingang des Tageslichts wartete bereits der Rettungshubschrauber. Über die erfolgreiche Zusammenarbeit in dieser schwierigen Situation freuten sich die KollegInnen von Rettung und Feuerwehr.

Gottfried Gögginger



Grünflächenpflege neu startet im Süden

In der Region Süd, das sind die Bezirke 10, 11, 12, 13 und 23, startet das Pilotprojekt „Grünfläche neu“. Wien wird künftig statt in sieben Gartenbezirke in vier Regionen zusammengefasst sein. Die anfallenden Arbeiten werden von mehreren Spezialteams unter zentraler Steuerung erledigt werden: zum Beispiel Mäharbeiten, Reinigung der Grünflächen, technische Tätigkeiten wie Bewässerungsanlagen reparieren, Fuhrpark und Maschinen sowie Gebäudemanagement, Beschaffung und Versorgung von Gebrauchs- und Verbrauchsgütern, gärtnerische Arbeiten, die Kontrolle aller Bäume und Spielplätze und ihre Pflege und Erhaltung, damit wie bisher alle WienerInnen sicher unsere Parks und Anlagen benutzen können.

Wichtig dabei ist es, dass dieser Pilotversuch uns die Möglichkeit gibt, alle theoretisch erarbeiteten Verbesserungen der Pflege neu in unseren Parks in der Praxis zu erproben und gegebenenfalls noch im kleinen Rahmen zu adaptieren und zu ändern.

Dieses Gartenjahr 2013 bietet uns die große Chance, die 42er für die nächsten Jahrzehnte neu, modern und zeitgemäß zu gestalten. Und wir Wiener StadtgärtnerInnen werden diese Gelegenheit nutzen.

 werner.krachler@wien.gv.at

Veranstaltungen der Wiener Stadtgärten

Blumengärten Hirschstetten - 22., Quadenstr. 15, Tel. (01) 4000-42110

- **Grüne Erlebnistage**

Führungen für Gruppen ab zehn Personen an Werktagen (7 bis 15 Uhr) nach telefonischer Anmeldung

- **Grüne Urlaubstage**

Florarium, Bauernhof und Palmenhaus bis Mitte Oktober jeweils Dienstag bis Sonntag (10 bis 18 Uhr), zusätzlich im Juni, Juli und August Samstag (bis 20 Uhr)

Schulgarten Kagran - 22., Donizettiweg 29, Tel. (01) 4000-42300

- **Grüne Urlaubstage**

Juli und August, Montag bis Mittwoch (10 bis 18 Uhr). Das Gelände kann auch an anderen Tagen besucht werden. Führungen sind gegen vorherige telefonische Vereinbarung beinahe jederzeit möglich.

- **1. August: Der Pflanzendoktor: Gesunde Pflanzen machen Freude**
- **5. September: Saatgut - gut gesät**
- **3. Oktober: Grabgestaltung**
- **5. Oktober: Lange Nacht im Gartenbaumuseum: „Duft - Geruch - Gestank“**

800 burgenländische Hände begrüßten den Frühling

Rund 400 KollegInnen aus dem Burgenland wurden im April wieder als SaisongartenarbeiterInnen aufgenommen. Darüber freuen sich nicht nur die WienerInnen, für die die GartenarbeiterInnen dazu beitragen, dass Wien eine der lebenswertesten Großstädte ist. Freude auch bei Umweltstadträtin Mag.^a Ulli Sima, GdG-KMSfB-Vorsitzendem Ing. Christian Meidlinger sowie HG 1-Chef Norbert Pelzer und seinem Stellvertreter Michael Kerschbaumer, die sich zum Empfang der dringend gebrauchten Arbeitskräfte eingefunden hatten. Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl zeigte sich erfreut darüber, dass es für die Saisonbediensteten aus dem Seewinkel Arbeit in Wien gibt. Personalvertretung und Gewerkschaft hießen sie alle herzlich willkommen.

 werner.krachler@wien.gv.at



Bild: © Wiener Stadtgärten

Bei eisigen Temperaturen im Wiener Spätwinter: 400 SaisonarbeiterInnen kamen aus dem Seewinkel, um Wien bunter zu machen. Die WienerInnen freut's.

Dienststellenausschussvorsitzende



Am jenem Donnerstag wollten wir einander treffen für ein Porträt der Dienststellenausschussvorsitzenden. Doch **Monika Valenta** konnte nicht mehr kommen, denn sie war am Dienstag – für uns völlig unerwartet – gestorben. Dass sie krank war, ja, das wussten wir alle. Aber sie war immer fröhlich, lachte gerne und nahm die Dinge nicht so ernst. Bloß Streitereien und sinnlos vertane Stunden mit Vorgesetzten konnten sie auf die Palme bringen. Und wenn sie etwas als un(ge)recht empfand, war sie innerhalb von Augenblicken von null auf hundert. Monika Valenta war Lehrerin an der Modeschule Hetzendorf, Vorsitzende des Dienststellenausschusses „Wiener Schulen“, Mitglied im Personalgruppenausschuss „L“, im Frauenausschuss und im Hauptgruppenausschuss der HG 1. Um die Supervision für die HortpädagogInnen, Zehrgeld fürs Logistikcenter, Entgelterhöhung für die Kurswarte und Weiterbildungsseminare fürs Hortpersonal hatte sie jahrelang gekämpft und schließlich gewonnen. Dieser Erfolg war ihr bei ihrer schweren Krankheit nicht gegönnt. Die donnerstägliche Chemo war für sie nur ein Punkt im Terminkalender gewesen. Am darauffolgenden Montag war sie immer am Arbeitsplatz erschienen. Ihren Wellnessurlaub im Mai konnte sie nicht mehr genießen, auch nicht den geliebten Garten. Es tut uns so leid um Monika.

Einen gut ausgebildeten Münsterländer Vorstehhund hat er, seinen dritten Vierbeiner inzwischen. Weil Hunde die ehrlichsten Freunde sind: „Sie spiegeln die Seele wider“, sagt **Ing. Franz Konir**, Leiter des Dezernats Ressourcensteuerung der Brücken- und Grundbauabteilung sowie Vorsitzender des Dienststellenausschusses Stadtbaudirektion und Tiefbau mit Baudirektion, MA 29 und MA 45. Man kennt ihn als ruhig und ausgeglichen, als einen Menschen, der lieber 24 Stunden nachdenkt, statt etwas Unüberlegtes zu machen. Am nächsten Morgen sei eine angemessene Problemlösung keine große Sache mehr, weiß er. Sein Vater hatte ihn für acht Jahre ans Lycée geschickt, damit er unter den dortigen Diplomatenkindern eine größere Weltsicht bekäme. „Schleich dich, du bist ein Weißer“, bekam er einmal zu hören und wurde prompt in Schutz genommen: „Nein, der ist der Franzi, der gehört dazu.“ Einmal fuhr Konir mit seinem Taxi, und der Chauffeur verriet ihm: „Ich habe nur mehr drei Monate zu leben. Dieser Ring ist das Abschiedsgeschenk für meine Gattin.“ Solche Erlebnisse machen ihn demütig. Stolz ist er, für Brückenprüfung und -erhaltung ein neues Top-Betriebsgebäude durchgesetzt zu haben – mit langem Atem, wie ihn Personalvertreter eben brauchen.

Gerne wägt er jedes Wort sorgfältig ab, ehe er es ausspricht. Dabei hat **Georg Dimitz**, Vorsitzender-Stellvertreter des Dienststellenausschusses „Ämter für Jugend und Familie“, so viel zu sagen. Dass er zum Beispiel Ehrenstammitglied der kanadischen Kahnawake ist, weil er sich per Briefkampagne für sie eingesetzt hat. Als gelernter Sozialarbeiter ist er Vorsitzender des abteilungsübergreifenden Bundesgruppenausschusses der Sozialarbeit, im BSA Vorsitzender für Sozial- und Gesundheitsberufe. Erfolgreich geklagt hat er für die Bildungskarenz öffentlich Bediensteter, und er hat die SozialarbeiterInnenzulage durchgesetzt. Einen ganz besonderen Stellenwert im Leben des Georg Dimitz spielt seine 1975 geborene Tochter Bernadette. Dimitz war bei der Gründung der „Arena“ dabei, hat den „Stadtsaal“ mitinitiiert und kämpft fürs Integrationshaus, das 1993 aus dem Lichtermeer von „SOS Mitmensch“ hervorgegangen ist. „Sozialarbeit ist der Umgang mit den Gefühlen der Menschen, die Verwaltung muss sich an Vorschriften halten“, formuliert Dimitz seine ganzheitliche Sicht der Sozialarbeit und fürchtet, dass es einmal eine „Fürsorgepolizei“ geben könnte. Eines Tages will er nach Asien und in die Südsee reisen. Besitzer eines Hochseesegelschiffs ist er, der als 18-Jähriger die Welt umsegeln wollte, ja längst.

im Porträt



Alle Bilder: © Richard Andraschko

Als Kind wollte sie Bürgermeisterin oder Richterin werden. Mit der Bürgermeisterkarriere dürfte sich vorerst nichts tun. Seit Ende 1994 ist **Mag.^a Dr.ⁱⁿ Maria Rotter** aber Senatsmitglied beim Unabhängigen Verwaltungssenat (UVS) und seit 2002 Vorsitzende seines Dienststellenausschusses. Der UVS wird im Rahmen der größten Verfassungsreform seit 1920 – der Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012 – im Jänner im Landesgerichtshof aufgehen und Maria Rotter damit zur Richterin avancieren. Bis dahin wartet aber noch ein Berg von Aufgaben: Die Berufungen gegen Strafverfahren, die sie in ihrem Brotberuf zu erledigen hat („Ich ärgere mich, wenn ich schlecht angelogen werde!“), verbunden mit ihrem Glauben an die langfristige Durchsetzung von Gerechtigkeit. Gleichzeitig vertritt sie die Interessen von 140 KollegInnen im UVS, darunter 60 Senatsmitglieder. Auf sie alle warten große Umstellungen durch die Schaffung des Landesverwaltungsgerichtshofes, neue Aufgaben und viel Dazulernen. Und auch wenn sie zur Selbstaussbeutung neigt, will sie doch auch möglichst viel Zeit mit ihrer Familie verbringen und strahlt übers ganze Gesicht, wenn die Rede auf ihren 26 Jahre alten Sohn kommt. Freunde, die wie sie geduldig zuhören können und „da sind, wenn man sie braucht“, sind ihr wichtig. Und dass ihr Kreiskys Reformen freien Hochschulzugang und Gratisschulbücher ermöglicht haben.

Weil während ihrer Hauptschulzeit ein Bub aus ihrer Klasse einen anderen rassistisch beschimpft hatte, änderte die Lehrerin prompt das Stundenbild und erklärte der Klasse den Umgang mit Vorurteilen. **Regina Müller**, Vorsitzender-Stellvertreterin des Dienststellenausschusses Marktamt, beeindruckte das damals genauso wie heute. Im öffentlichen Bewusstsein wünscht sie sich, wohl auch aus dieser Erfahrung heraus, viel mehr Akzeptanz des „Anders-Seins“. Ihre Großmutter mit Mindestpension drängte sie immer wieder zu guter Ausbildung, „um finanziell unabhängig zu sein“. Und Regina, gelernte Bürokauffrau, hielt sich daran. Als Vorsitzende der HG 1-Frauen, stellvertretende Bundesfrauenvorsitzende und Mitglied im Bundesfrauenvorstand weiß sie nur zu gut, dass die sehr emanzipierte Oma Recht hatte und finanzielle Unabhängigkeit auch geistige Freiheit bedeutet. Regina Müller schießt nicht aus der Hüfte, sondern durchdenkt ihre Projekte in allen Details, um Interessensausgleich sicherzustellen. Null Verständnis hat sie gegenüber politisch extremen Positionen und Intoleranz. Aber wer sie zum Freund hat, kann sie auch um 2 Uhr morgens aus dem Bett holen, wenn er Hilfe braucht. An Schach mag sie das spannende Gefühl, die Taktik des Gegners zu erkennen. Gerne hat sie „Die Farbe Lila“ gelesen, ein Buch über die Selbstfindung und Emanzipierung einer Frau.

„Einer flog über das Kuckucksnest“ mit Jack Nicholson über das Zusammenhalten der Insassen einer geschlossenen psychiatrischen Anstalt ist für **Johann Holl**, Vorsitzender des Dienststellenausschusses Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht, ein Klassiker für gelebte Solidarität. Leider schaue heute jeder nur auf sich, was unter anderem wegen der anfangs oft befristeten Dienstverhältnisse in seiner Abteilung verständlich sei. Die Berücksichtigung geringerer Leistungsfähigkeit älterer oder behinderter DienstnehmerInnen blieben auf der Strecke. Gelassenheit hat er von seinem Großvater gelernt, auch, dass man etwas leisten muss, um sich etwas leisten zu können. Kreiskys Bekenntnis zur Sicherung des Einkommens der ArbeitnehmerInnen – auch zu Lasten des Staatshaushalts – hat für ihn auch heute noch seine Berechtigung. An seinem Arbeitsplatz in der MA 40 schlittert er als Personalvertreter und Gewerkschafter von einer Organisationsänderung in die nächste, werden doch immer mehr MitarbeiterInnen für die Verwaltung der Mindestsicherung gebraucht. Der begeisterte Sportler arbeitet „extrem gerne“ für seine KollegInnen, auch wenn das Familienleben daneben nur recht wenig Platz hat.

✉ teamwork@andraschko.at

Wer wurde was?

Wir schaffen Raum: Bau und Gebäudemanagement

Die Magistratsabteilung 34 ist die interne Dienstleistungsabteilung für das Bau- und Gebäudemanagement der Stadt Wien. Von den 1.254 MitarbeiterInnen werden 6.205 Objekte der Stadt Wien auf einer Gesamtfläche von vier Millionen Quadratmetern betreut. Dazu zählen 147 Bürogebäude, 358 Schulen, 401 Kindergärten, aber auch Museen, Denkmäler, Volkshochschulen, Kirchen, Büchereien und Märkte. Und, wer hätte es geahnt: Urania, Sezession, Kuffner-Sternwarte, Schloss Neugebäude u.v.m. hat die MA 34 auch unter ihren Fittichen.

Die kaufmännische, technische und infrastrukturelle Gebäudebewirtschaftung erfolgt nach den Grundsätzen des Facilitymanagements. Pro Jahr werden rund 550 Einzelplante Projekte mit einem Bauvolumen von mehr als 125 Millionen Euro nach genau definierten Zeit-, Kosten- und Qualitätsnormen verwirklicht, die an den Anforderungen der KundInnen und an marktorientierten Rahmenbedingungen ausgerichtet sind.

Qualität als Werterhaltung ist seit Mitte 2008 durch die Zertifizierung der gesamten Abteilung nach ISO 9001:2008 deutlich sichtbar gemacht. Ende 2010 folgte die Zertifizierung nach ISO 14001 Umweltmanagementsysteme. Eine klare strategische Ausrichtung, definierte operationale Ziele und funktionierende Controllinginstrumente bilden die Grundlagen zur Steuerung der MA 34.

 robert.zodl@wien.gv.at



Bild: © PID/Schaub-Walzer

Univ.-Prof. Mag. Dr. Dieter Kolonovits wurde zum **Präsidenten des neuen Verwaltungsgeschichtes Wien** ernannt.



Bild: © PID/Schaub-Walzer

Dr. in Martina Schmied übernahm die **Leitung des Geschäftsbereiches Personal und Revision** in der Magistratsdirektion. Seit 2011 hatte sie die **MA 13** geleitet.



Bild: © PID/Schaub-Walzer

Mag. a Christina Vetter ist nach dessen interimistischer Leiterin **Mag. a Viktoria Neuber** neue **Chefin des Magistratischen Bezirksamtes Floridsdorf**.



Bild: © PID/Christian Houdek

OSR Ing. in Dr. in Karin Büchl-Krammerstätter wurde der Titel „**Ehrensatorin**“ aufgrund ihrer **vielfältigen Bemühungen um die Universität für Bodenkultur Wien** verliehen.



Bild: © ÖGB

Dr. in Sabine Oberhauser wurde beim **Bundesfrauenkongress** im April zur **neuen Bundesfrauenvorsitzenden** im ÖGB gewählt. Oberhauser ist seit Mitte 2009 **Vizepräsidentin des ÖGB**.



Bild: © MA 34

Abteilungsleiter Dipl.-Ing. Klaus Zimmel (links) mit Dienststellenausschussvorsitzendem Robert Zodl

teamwork-Wissen

Facilitymanagement ist ein ganzheitlicher, strategischer und lebenszyklusbezogener Managementansatz, um Gebäude, ihre Systeme, Prozesse und Inhalte kontinuierlich bereitzustellen, funktionsfähig zu halten und an die wechselnden organisatorischen und marktgerechten Bedürfnisse anzupassen (Wikipedia).

Elektronen wanderten über die Donau

Als die 451 KollegInnen vom „Glaspalast“ an der „Lastenstraße“ kürzlich ins neue Domizil in der Stadlauer Straße 56 übersiedelten, war ihre Personalvertretung längst da.

Wie es so ihre Art ist, hatte die Personalvertretung alles vorgekehrt und veranlasst, um das Arbeiten im neuen „Star22“ so angenehm wie möglich zu machen, erzählt MA14-Personalvertreter Franz Haag: „Wir wollten erreichen, dass, wenn die Daten übersiedeln, die Arbeitsbedingungen der KollegInnen nicht den Bach hinuntergehen!“ Zum Beispiel habe man gegen einst angedachte Großraumbüros gekämpft und eine flexible Raumeinteilung erreicht. Und weil's wichtig ist, dass Menschen entspannt miteinander reden können, gibt's in jedem Stockwerk zwei zentrale Kommunikationszonen mit Sozialbereich, wo die Kaffeemaschine nur mehr auf das erste Knöpferdrücken der KollegInnen fürs Heißgetränk wartete. Auch eine eigene betriebsärztliche Station hat die Personalvertretung einmal wöchentlich durchgesetzt. Gut verhandelt hat sie außerdem den Tausch von Getränkeautomaten, die, so Franz Haag, jetzt bessere Qualität um weniger Geld liefern. Ein Supermarkt und drei Restaurants sind gleich in der Nähe, und ein Bewegungsraum zur Gesundheitsförderung steht auch zur Verfügung. Der neue Standort ist allerdings schlechter an öffentliche Verkehrsmittel angebunden. Das mehr als 33 Jahre alte und unübersehbar abgewohnte ADV-Haus in Rathausnähe lag deutlich zentraler als die abgelegene Insel, in die übrigens auch die KAV-IT eingezogen ist, weil sich die Dienstgeberin davon Synergien erwartet. Für drei Viertel der KollegInnen hat sich deshalb die Erreichbarkeit verschlechtert. Aber es gibt jetzt dank des Engagements der Personalvertretung versuchsweise „Disloziertes Arbeiten“ für unkompliziertes Arbeiten von zu Hause aus. Auch zur Telearbeit soll der Zugang erleichtert werden.

 teamwork@andraschko.at



Bild: © MA 14

Personalvertreter Franz Haag mit Martina Vodicka, Mitarbeiterin der MA 14

BSB-Scanzentrum

Anfangs ging's nur darum, Anträge und Niederschriften für Reisepässe und Personalausweise zu scannen und zu archivieren.



Bild: © MA 6

Rasch wurden Scanner angeschafft und das notwendige Personal primär aus den übrigen Teildienststellen der Magistratsabteilung 6 in der Wolfganggasse zusammengezogen. Als weitere Aufgabe wurde die seinerzeit zentrale elektronische Erfassung des Posteingangs sowie aller Eingangrechnungen definiert, und nebenbei konnten weitere Aufträge (Scannen von Krankenakten für den Krankenanstaltenverbund) lukriert werden. Organisatorisch passte das Scanzentrum am besten in die Teildienststelle BSB (steht für: Beratung-Service-Betreuung). Die Übernahme der „Zentralen Poststelle“ von der Magistratsabteilung 34 Anfang 2013 war ein weiterer Schritt in Richtung optimaler Organisationsstruktur. Mit drei Hochleistungsscannern und einer Brieföffnungsmaschine werden derzeit pro Tag ca. 2.000 Rechnungen und 300 sonstige Posteingangsstücke bearbeitet. 30 MitarbeiterInnen bewältigen einen großen Arbeitsanfall, welcher mit jeder weiteren Anbindung einer Magistratsabteilung bzw. eines Betriebes noch größer wird. Die Anzahl der MitarbeiterInnen soll entsprechend dem Rollout aufgestockt werden. Da das Scanzentrum inzwischen größtmäßig ein „kritisches“ Format erreicht hat, wurde dieses per 1. Juni 2013 zusammen mit der Zentralen Poststelle (21 Dienstposten) zu einer eigenen Teildienststelle aufgewertet. Bei all diesen raschen Veränderungen der Strukturen, Prozessabläufe und Anforderungen ist natürlich die Personalvertretung ganz besonders gefordert, ein scharfes Auge auf das Wohl jedes Einzelnen zu werfen.

 erwin.agneter@wien.gv.at

Hut ab vor den AlleinerzieherInnen!

Wer kennt sie nicht, die Mühen des Alltags? Alleinerzieherinnen haben noch ein wenig mehr davon.

Es beginnt mit dem Stress am Morgen, der es nötig macht, halbverschlafen nicht nur sich selbst optisch und geistig auf die Anforderungen des kommenden Arbeitstages einzustellen; auch die lieben Kleinen sind davon zu überzeugen, dass wieder einmal die Vernunft über den Herzenswunsch, noch im Bett bleiben zu wollen, siegen muss. Mit viel Geschick und Überzeugungskraft schafft man/frau es, das Frühstück in und die Kleidung an die Kleinen zu bringen und stürmt gemeinsam in den Kindergarten, die Schule und schließlich an den eigenen Arbeitsplatz. Chef oder Chefin bringen gleich einmal das geplante Tagessoll auf den Tisch. Der Rest des Tages besteht aus einem schnellen Rückspulen des beschriebenen Morgens, mit der Ergänzung, dass am Heimweg auch noch irgendwo der Einkauf in einem Supermarkt erledigt werden soll.

Der Abend zuhause ist von den Wünschen der Kleinen, der Zubereitung des Abendmahls, der Erledigung des Haushalts, der Wäsche und organisatorischen Dingen wie dem Sortieren von Rechnungen und Erlagscheinen, damit Miete, Strom und Heizung nicht vergessen werden, bestimmt.

Gott sei Dank ist mittlerweile die Nacht angebrochen, und die Kleinen können zu Bett gebracht werden. Zu dumm nur, dass Kinder am Abend oft mehr Energie haben als ihre Eltern. Wieder ist es nur eine Frage der Zeit, wer zuerst einschläft, Kinder oder Elternteil.

Klingt doch ziemlich anstrengend, so ein normaler Alltag. Wie gut, wenn man dabei von einem Partner unterstützt wird, der die Kinder abnehmen kann, im Haushalt hilft oder den Einkauf beim Nach-Hause-Kommen von der Arbeit erledigt.

„Denken Sie auch an Ihr eigenes Wohlbefinden. Nur wenn es Ihnen gut geht, kann es Ihren Kindern gut gehen.“



Bild: © Wikimedia.org

Leider wird allerdings die Gruppe der AlleinerzieherInnen in Österreich immer größer. Dabei kommen sie in den allermeisten Fällen unverschuldet in diese schwierige Situation, die sie die alleinige Verantwortung für Kinder und Haushalt übernehmen lässt. Die große Gefahr besteht dabei, dass die Kräfte des Elternteils dahinschwinden und sich der Alltagsfrust auf die Kinder ablädt.

Wie man das Alleinerzieherdasein schafft

Ganz wichtig ist es, sich rechtzeitig ein engmaschiges soziales Netzwerk zu schaffen. Freunde und Verwandte können nicht nur bei der Versorgung der Kinder helfen, sondern bieten sich auch als emotionale Stütze in schwierigen Situationen an.

Überwinden Sie Gefühle der Scham und Zurückhaltung, fordern Sie Unterstützung von Ihrem Netzwerk aktiv ein. Andere können nicht wissen, wann Sie genau welche Art von Hilfe brauchen.

Denken Sie auch an Ihr eigenes Wohlbefinden. Nur wenn es Ihnen gut geht, kann es Ihren Kindern gut gehen. Deshalb pflegen Sie Ihre eigenen emotionalen Akkuladestationen. Das Mindeste wäre, einmal in der Woche eine Auszeit von zwei oder drei Stunden für sich nehmen und wieder Kräfte aus den Beschäftigungen sammeln, die Ihnen guttun. Dann haben Sie auch gute Chancen, die Anforderungen des Alltags bewältigen zu können.

In der Hera: Vorsorgepaket bei Kinderwunsch

Im Gesundheits- und Vorsorgezentrum der KFA wird ab sofort eine medizinisch umfassende und multidisziplinäre Vorsorge für geplante Schwangerschaften geboten. Zur Internistischen Untersuchung rund um eine Schwangerschaft gehören neben einer ausführlichen allgemeinen ärztlichen Untersuchung, Beratung, Labordiagnostik und Harnanalyse auch umfassende Impfanamnese mit Impfberatung. Ein spezieller Fokus liegt auf der Funktionsdiagnostik der Schilddrüse (Ultraschall und Bestimmung der Schilddrüsenhormone). Sie spielt eine wesentliche Rolle bereits während der ersten Tage und Wochen der Frühschwangerschaft. Auch die Wahrscheinlichkeit eines Schwangerschaftseintritts, die Fehlgeburtenrate, Komplikationen während der Schwangerschaft, neurologische Fehlentwicklungen sowie kognitive Defizite des Kindes stehen mit der Schilddrüsenfunktion in engem Zusammenhang. Die Beratung hinsichtlich Diätologie und Medikation mit entsprechenden Vitaminpräparaten findet in Hinblick auf die Vermeidung von Schäden der neuronalen Entwicklung und der Herzentwicklung statt. Geachtet wird weiter auf Risikofaktoren für Zuckerkrankheit. Bei einem freiwilligen psychosozialen Screening sollen z. B. Depression oder Burn-out erkannt werden. Ein Psychologieteam steht zur Verfügung. Die Gynäkologie im Hause gewährleistet, dass eine fachärztliche Untersuchung mit Ultraschalluntersuchung, Bakteriologie und einem Krebsabstrich am Tag der Begutachtung möglich ist.

Dr.ⁱⁿ Evelyne Wohlschläger-Krenn
Stellvertretende Leiterin des Gesundheits- und Vorsorgezentrums



Das Ärzteteam des Gesundheits- und Vorsorgezentrums; Leiter Prim. Priv. Doz. Dr. Robert Winker, 3. von links, Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Evelyne Wohlschläger-Krenn, 4. von links.



Sonne als Pflichtprogramm

Vitamin D gilt als „Sonnenvitamin“, werden doch fast 80 % unseres Vitamin-D-Bedarfs mit Hilfe der Sonne in der Haut gebildet. Die restliche Zufuhr erfolgt über die Ernährung, wobei die Mehrheit der Bevölkerung, ob jung oder alt, mit Vitamin D unterversorgt ist.

Ein entscheidender Grund ist die enge Auswahl an Vitamin-D-reichen Lebensmitteln: fetter Fisch, Innereien (z. B. Leber), Eier sowie Milch und Milchprodukte. Dazu kommt der spärliche Aufenthalt im Freien sowie Sonnenschutzcremen mit hohem Lichtschutzfaktor, die wiederum die Bildung von Vitamin D in der Haut verhindern, sagen die Experten. Vor kurzem entdeckten Forscher, dass Menschen mit einem niedrigen Vitamin-D-Spiegel ein erhöhtes Risiko für Herzinfarkt, Schlaganfall, körperliche Erschöpfung, Depressionen etc. haben. Umgekehrt scheint ein hoher Vitamin-D-Spiegel vor Herz-Krankheiten zu schützen, das Immunsystem zu aktivieren sowie in der Allergieprophylaxe eine große Rolle zu spielen. Im Frühjahr und Sommer genügt es bei jungen und gesunden Menschen, sich zehn bis 20 Minuten lang in der Sonne aufzuhalten. Bei Säuglingen und älteren Menschen funktioniert der Mechanismus der Vitamin-D-Bildung nicht so effizient, weshalb gerne Vitamin-D-Nahrungsergänzungen empfohlen werden. Männer mit einem hohen Vitamin-D-Spiegel haben offenbar auch einen höheren Testosteronwert. Am höchsten ist er im August, wenn der Körper viel Sonne getankt hat. Dies könnte auch eine Erklärung dafür sein, warum die Hormone im Frühjahr verrückt spielen.

Mag. Larissa Grünwald
www.larissagruenwald.net/

Gesundheits- und Vorsorgezentrum der KFA
9., Löblichgasse 14
Anmeldung: wochentags 8 bis 14 Uhr
Tel.: (01) 313 50-45888
Für Mitglieder der KFA, der GKK Wien und der WVB (mit e-card). Die Vorsorgeuntersuchung ist kostenlos, wenn seit der letzten Untersuchung mindestens 365 Tage vergangen sind.

Das „System“ darf nicht gewinnen!

FSG-PersonalvertreterInnen gegen politische Willkür bei der Besoldung von öffentlich Bediensteten.

Ob es wirtschaftlich ist, ein Haus abzureißen, mögen Bauexperten und Liegenschaftseigentümer beurteilen. Dass es nicht gut und sozial ist, in einem solchen Haus noch wohnende Menschen hinauszuekeln oder zu delogieren, hat sich schon herumgesprochen. Dass es nicht g'scheit ist, den Gewerkschaften das Leben unnötig schwer zu machen und öffentlich Bediensteten die Folgen falscher Politik umzuhängen, wissen die Betroffenen längst, und PolitikerInnen sollten sich dieses Wissen aneignen, ehe sie nicht mehr gewählt werden.

Wir öffentlich Bedienstete können unsere Gehälter kaum selbst aushandeln – und jeder Einzelne für sich hätte ohnedies keine Chance. Das machten immer die Gewerkschaften mit den ArbeitgeberInnen aus – bis vor einiger Zeit für alle öffentlich Bediensteten gemeinsam. Das stand dann so in ganz Österreich in einheitlichen Lohn- oder Gehaltsschemata, so wie auch in Kollektivverträgen. Da finden sich SchulwartInnen, RaumpflegerInnen, Müllaufleger ebenso wie BibliothekarInnen und AbteilungsleiterInnen wieder, gleichgültig, in welchem Bundesland sie ihre Jobs verrichten.

Das ging so lange gut, bis in den berüchtigten schwarz-blauen Regierungen unter Schüssel und Haider (na, servas) soziale Erregenschaften, etwa die Selbstverwaltung der Sozialversicherungen – und auch die gemeinsamen Gehaltsverhandlungen für alle österreichischen öffentlich Bediensteten gekappt wurden. Eine gewisse Susanne Riess-Passer, später auch in den Diensten von ArbeitnehmerInnenfreund Frank Stronach, warf den Gewerkschaften den Fehdehandschuh hin und kündigte die gemeinsamen Verhandlungen auf. „Teile und herrsche“ („Divide et impera“) lautete ihr Credo: Teile eine große Gruppe in viele klei-

„Wir öffentlich Bedienstete können unsere Gehälter kaum selbst aushandeln - und jeder Einzelne für sich hätte ohnedies keine Chance. Das machten immer die Gewerkschaften mit den ArbeitgeberInnen aus - bis vor einiger Zeit.“



Bild: © Alexander Kautz

ne und damit schwächere, um deine Absichten durchzusetzen. Im Spätmittelalter hatte Niccolò Machiavelli seine Herrschaft so ausgeübt, und er wird heute gerne genannt, wenn rücksichtslose Machtpolitik unter Ausnutzung aller Mittel beschrieben werden soll. Viele andere folgten seinen Ideen.

Nicht im Mittelalter, aber in einer fragwürdigen Gegenwart befinden wir uns heute, in der noch immer Bund, Länder und Gemeinden jeweils selbständig die Bezüge ihrer MitarbeiterInnen mit den Gewerkschaften verhandeln. Das bedeutete zuletzt Nulllohnrundern, gar Gehaltskürzungen – und erst mit Verzögerungen doch noch blasse Einkommenssteigerungen unter der Inflationsrate. Den öffentlich Bediensteten auf diese Art Geringschätzung zu beweisen, hat System, das mit aller Deutlichkeit abzulehnen ist – in Wien haben dank unserer Interessenvertretung immerhin KollegInnen mit kleinen Einkommen einen messbaren Zuschlag erhalten.

Der Umgang mit den Interessenvertretungen liegt in Österreich stellenweise massiv im Argen: Willkür ist es z. B., wenn FSG-PersonalvertreterInnen von BürgermeisterInnen gekündigt werden, weil sie nicht die richtige politische „Farbe“ haben. Da steckt System dahinter. Willkür ist es auch, wenn FSG-PersonalvertreterInnen gefragt werden: „Wie viele Leute vertreten Sie? Ach so, 30 % der KollegInnen“, wird zynisch geätzt. „Na, die paar Manderln bekomme ich auch noch dahin, wo ich sie haben will“, folgt die verächtliche Aussage.

Das sollten sich aber auch alle KollegInnen ins Stammbuch schreiben, die die Mitgliedschaft in der Gewerkschaft für entbehrlich halten. Machen wir uns doch nicht klein! Zeigen wir Stärke durch Solidarität und Organisationsdichte!

Du und die Gewerkschaft – gemeinsam sind wir stark!

Frauen: Was die Statistik nicht sagt

Frauen verdienen weniger als Männer. Eigentlich arbeiten sie ein Vierteljahr zum Nulltarif. Und auch bei der Stadt Wien sind die Frauen finanziell schlechter gestellt, hört man gelegentlich. Wenn man einigen von ihnen höherwertige Dienstposten gibt, ist die Statistik in Ordnung, wenn auch geschönt. Aber geschönte Zahlen helfen den Frauen nicht wirklich.

Frauen, das sind die, die sich mit niedriger bezahlten Jobs zufriedengeben – weil ihnen die Ausbildung nicht mehr Chancen lässt, weil sie sich für typische Frauenberufe entschieden haben, weil MechanikerInnen mehr bezahlt bekommen als KindergärtnerInnen oder KrankenpflegerInnen oder weil sie sich Ganztagsbeschäftigung oder gar Überstunden nicht leisten können, ohne die Familie zu vernachlässigen. Und damit ist dann auch schon ein guter Grundstein für mögliche spätere Altersarmut gelegt.

Vielen Frauen ist Familie wichtiger: Einkommensbremse

Die in Zahlen gegossene Wahrheit lautet, dass Frauen insgesamt um 10,4 Prozent weniger verdienen als Männer. Die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern ist, wie Personalstadträtin Sandra Frauenberger kürzlich wieder deutlich machte, einfach zu weit geöffnet, weil Männer höherwertige und Leitungsfunktionen besetzen, zu denen Frauen weniger aus rechtlichen sondern aus persönlichen und familiären Gründen keinen Zugang haben. Das ist schade, denn mehr Frauen in höheren Positionen – mit ihren typisch weiblichen Fähigkeiten, wie Einfühlungsvermögen und Organisationstalent – sind für jedes Unternehmen von Vorteil. Andererseits: Frausein bedeutet ebenso wie Mannsein keine Garantie, diese schätzenswerten Eigenschaften zu besitzen. Paradedame Angela Merkel wird bekanntlich Einfühlungsvermögen in die Nöte ihrer BürgerInnen nicht gerade zugeschrieben. Sie ist eine „Macherin“, eine Eigenschaft, die bei Männern als Bonus gewürdigt wird.

Im Gespräch mit Frauen wird rasch klar, dass viele von ihnen bestimmte und nur begrenzt verschiebbare Lebensabschnitte gerne der Familie widmen. Das bedeutet Nutzung der auch von den Gewerkschaften errungenen Karenzzeitenregelungen und die Reduzierung der Arbeitszeit, damit die Kinder in die Schule und Kindergarten gebracht und später wieder abgeholt werden können. Frauen wollen für ihre Kinder da sein, die das für ihre



Entwicklung brauchen – und der Wunsch, diese Entwicklungen miterleben zu können, ist ihnen manche Entbehrung wert. Will die Familie dann nicht finanziell ins Schwimmen kommen, wird der volle Verdienst des (meist einkommensstärkeren) Partners gebraucht, der in dieser Zeit vielleicht die Karriereleiter erklimmen kann.

Familienplanung verstellt Blick auf Karriereleiter

Frauen sehen dann diese Karriereleiter nur aus der Ferne. Wer nicht gerade vor der Karenz einen höherwertigen Dienstposten hatte, kann kaum an seinen früheren Arbeitsplatz zurückkehren. Und schon gar nicht mit den vorauszusehenden massiven Einschränkungen der Arbeitszeit, die im Falle besser qualifizierter Jobs nicht gern gesehen oder gar nicht möglich sind. Dahinwuscheln mit wenig Einkommen bis hin zu einkommenslosen Jahren ist dann die einzige Möglichkeit. Wichtige Schritte wurden ja bereits gesetzt: Einkommenstransparenz, Chancen für mehr Frauen in Führungspositionen, jährlicher Bericht zur Einkommensschere und mehr Väter in Karenz. Aber aus dem Schneider sind die Frauen noch lange nicht, auch wenn ein paar von ihnen bessere Jobs bekommen.

 regina.mueller@wien.gv.at

„Im Gespräch mit Frauen wird rasch klar, dass viele von ihnen bestimmte und nur begrenzt verschiebbare Lebensabschnitte gerne der Familie widmen.“



Jugendvertrauens- personen gewählt

Im April fanden wieder die Jugendvertrauenspersonenwahlen der GdG-KMSfB Jugend statt.

Von der Hauptgruppe 1 waren 530 KollegInnen stimmberechtigt. Die FSG fuhr 96,85 Prozent der Stimmen ein. Damit wurde sie als Fraktion bestätigt, der die KollegInnen das meiste Vertrauen entgegenbringen.

- Nicole Tuschak, Jugendvorsitzende der HG 1, Bürokauffrau bei der MA 40 – Stabsstelle Finanzen und Controlling
In meiner Freizeit treffe ich mich gerne mit Freunden, verbringe sie aber auch oftmals im Club F.R.E.E. (www.clubfree.at), betreibe gerne Sport.
Kontakt: nicole.tuschak@wien.gv.at
Telefon 0699/104 21 422
- Janine Skof, Stv. Jugendvorsitzende der HG 1, MBA3
Ich lese gerne gute Bücher, gehe ins Kino und treffe mich mit meinen Freunden.
Kontakt: janine.skof@wien.gv.at
- Christopher Kleinlein, Stv. Jugendvorsitzender der HG 1, Lehrling, Bürokaufmann
Kontakt: christopher.kleinlein@wien.gv.at
christopher.kleinlein@hotmail.com,
Telefon 0660 / 317 02 89
- Petrisa-Bianca Wolf, Schriftführerin, Lehrling Bürokauffrau
Ich engagiere mich gerne für die Gewerkschaft oder meine Berufsschule, mache gerne Sport, lese gerne – am liebsten Thriller, und bin gern unterwegs.
Kontakt: petti.wolf@live.at

Neubau der Berufsschule für Verwaltungsberufe

Nach unserer langjährigen Forderung fand nun der Spatenstich für die Berufsschule Embelgasse statt. Die neue Schule wird mit Beginn des Schuljahres 2014/2015 die ersten 600 kaufmännischen Lehrlinge aufnehmen. Sie dürfen dann in einem neuen, modernen Schulgebäude auf 3.700 Quadratmetern mit 18 flexiblen Unterrichtsräumen ihren theoretischen Ausbildungsteil absolvieren. Zusätzlich wird die Schule mit einem Frontoffice mit Übungsbüro ausgestattet sein, um die kommunikativen Fähigkeiten der SchülerInnen zu fördern. Das neue Gebäude wird den Lehrlingen der Stadt optimale und moderne Lernbedingungen bieten, denn die moderne Ausstattung und die damit verbundenen Unterrichtsmethoden ermöglichen eine qualitativ hochwertige Ausbildung. Der Entwurf für das Gebäude stammt aus dem Büro „AllesWirdGut Architektur ZT GmbH“: Offenheit und Durchblick prägen das Erdgeschoss und die Außenansicht der neuen Berufsschule. Die Straßenfassade ist durch ein Raster von Stegen und vertikalen Lamellen geprägt. Die Klassenräume mit den Arbeitsplätzen liegen an der Embelgasse, alle Nebenräume sind hofseitig organisiert. Im Erdgeschoßbereich überzeugt das Projekt durch eine Verknüpfung von Allgemeinflächen (Mehrzweckräumen) mit einem klar strukturierten Hofbereich und einem Buffet als kommunikativem Mittelpunkt. Die weiteren vier Obergeschoße lassen eine große räumliche Flexibilität zu und sind teilweise zweiseitig belichtet.



Bild: © AllesWirdGut Architektur ZT GmbH

So wird sie ausschauen, die neue Berufsschule für Bürokaufleute der Stadt Wien in der Embelgasse.



Sozialrechtsklagen beim Arbeits- und Sozialgericht

Bei Klagen auf Zuerkennung der Pension bzw. des Pflegegeldes wird vom Gericht durch Beiziehung von Sachverständigen (Ärzte, Berufskundler) die Anspruchsberechtigung geprüft. Die Kosten dieser Verfahren (Gerichtskosten, Sachverständigengebühren) werden im Regelfall vom Gericht getragen. Die Kosten eines Rechtsanwaltes sind jedoch selbst zu bezahlen, sofern sie nicht von einer privaten Rechtsschutzversicherung gedeckt werden.

Bei diesen Verfahren kann man sich nicht nur von Rechtsanwälten, sondern auch von hierzu befugten FunktionärInnen der gesetzlichen Interessenvertretung (der AK oder einer freiwilligen kollektivvertragsfähigen Berufsvereinigung wie dem ÖGB) oder von einem fach-/sachkundigen Behindertenvertreter (Prozessvollmacht erforderlich) unterstützen lassen.

Pflichten der Dienstgeberin - Auskunftspflicht, Rechte und Pflichten der BVPs

§ 22a (9) BEinStG: „Der Betriebsinhaber ist verpflichtet, mit der Behindertenvertrauensperson (Stellvertreter) zu beraten und die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Auskünfte zu erteilen, insbesondere hat er die Behindertenvertrauensperson über substanzielle, das Arbeitsverhältnis betreffende Angelegenheiten wie Beginn, Ende und Veränderung von Arbeitsverhältnissen behinderter Arbeitnehmer, über Arbeitsunfälle sowie über Krankmeldungen von mehr als sechs Wochen pro Kalenderjahr zu informieren.“ Diese Bestimmung ist analog auch für öffentliche Dienstgeber (Bund, Länder, Städte und Gemeinden) gültig. Die Auskünfte sind von den jeweiligen DienststellenleiterInnen zu erteilen. Wenn – so wie bei uns in der HG 1 – ein Behindertensprecher (= Zentralbehindertenvertrauensperson) gewählt wurde, sind die erforderlichen Auskünfte diesem zu geben.

Menschen für Menschen mit Behinderung - die Behindertenvertrauenspersonen

Bei der Tagung der Fachgewerkschaft Vida am 5. März nahmen mehr als 280 engagierte Behindertenvertrauenspersonen (BVPs) /-vertreterInnen aus ganz Österreich teil.

In den Arbeitskreisen wurden die Situation am Arbeitsmarkt, die fehlenden Ressourcen für die BVPs und die gesetzliche Verankerung der Gleichstellung der BVPs mit der Personalvertretung bzw. dem Betriebsrat sehr rege diskutiert. Auch der Misserfolg bei der Bekämpfung der extrem hohen Arbeitslosenrate von Menschen mit Behinderung sowie die unsozialen Maßnahmen standen auf der Agenda.

Unsere seit mehr als zehn Jahren bestehenden Forderungen sowohl an die Bundesregierung als auch an die Dienstgeberin (Chancengleichheit, Benachteiligungsverbote etc.) wurden nicht nur bestätigt, sondern auch in die Forderungskataloge aufgenommen. Abzuwarten bleibt, ob und wie rasch die Forderungen umgesetzt werden. Tatsache ist, dass auch die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten unsere Forderungen bestmöglich unterstützt.

Barrierefreie Gesundheitsversorgung

Im April diskutierten 200 TeilnehmerInnen des Monitoring-ausschusses die barrierefreie Gesundheitsversorgung. Es ging dabei um verständliche Sprache bei der PatientInnen-aufklärung, das stets verdrängte Thema Sexualität oder Medikamentenverpackungen, die die Bedürfnisse blinder und sehbehinderter Menschen erfüllen. Kritik wurde an der Genehmigung von Kur- und Rehabilitationsaufenthalten sowie der Weitergabe ungeeigneter gebrauchter Rollstühle geübt.

 gerhard.ludwig@wien.gv.at

Seinen 60. Geburtstag feierte Behindertensprecher Gerhard-Norbert Ludwig kürzlich. Wir gratulieren und wünschen ihm viel Kraft für sein erfolgreiches Engagement.

Vertragsbedienstete: Bildungskarenz und Bildungsteilzeit



Bildungskarenz

Seit einigen Jahren gibt es in Österreich die Bildungskarenz als freiwillige Möglichkeit, eine Zeit aus dem Betrieb auszusteigen und dabei das Weiterbildungsgeld des AMS zu erhalten. Im Magistrat können Vertragsbedienstete diese Möglichkeit in Anspruch nehmen. Formal muss bei der Dienstgeberin um Karenzurlaub nach § 34 Abs. 1 VBO 1995 angesucht werden. Für BeamtInnen ist Bildungskarenz nicht möglich.

Aus- und Weiterbildungen sind im In- und Ausland möglich. Nicht akzeptiert werden Kurse aus dem Freizeit- und Hobbybereich ohne beruflichen Bezug. Seit 2008 muss der Besuch einer Weiterbildungsmaßnahme im Ausmaß von mindestens 20 Wochenstunden oder einer vergleichbaren zeitlichen Belastung schriftlich nachgewiesen werden. Für Eltern mit Kinderbetreuungspflichten unter sieben Jahren genügt grundsätzlich der Nachweis über 16 Wochenstunden. Außerdem wird man künftig einen Leistungsnachweis vorweisen müssen.

Während der Bildungskarenz bekommen Sie dann „Weiterbildungsgeld“ in Höhe des Arbeitslosengeldes, wenn Sie die für das Arbeitslosengeld erforderlichen Beschäftigungszeiten aufweisen und dem AMS die Bildungskarenzvereinbarung mit dem Arbeitgeber sowie die erforderlichen wöchentlichen Weiterbil-

dungsstunden belegen können. Zuverdienst ist im Ausmaß der geringfügigen Beschäftigung erlaubt (im Jahr 2013 monatlich 386,80 Euro brutto).

Während des Weiterbildungsgeldbezugs sind Sie kranken-, unfall- und pensionsversichert. Es besteht kein gesetzlicher Kündigungsschutz wie bei Elternkarenz. Für die Zeiten der Bildungskarenz haben Sie auch keinen Anspruch auf Sonderzahlungen. Der Urlaubsanspruch wird anteilig verkürzt.

Der Antrag auf Weiterbildungsgeld ist bei der jeweils zuständigen Geschäftsstelle des Arbeitsmarktservice (Wohnbezirk) zu stellen. Das Weiterbildungsgeld kann frühestens ab dem Tag der Antragstellung zuerkannt werden, sofern alle Leistungsvoraussetzungen dafür erfüllt sind.

Bildungsteilzeit

In Bildungsteilzeit können Vertragsbedienstete gehen, deren Arbeitsverhältnis zuvor durchgehend mindestens sechs Monate gedauert hat. Sie muss mit dem Arbeitgeber vereinbart werden. Auch die Bildungsteilzeit ist für BeamtInnen nicht möglich.

Die Teilnahme an einer Weiterbildung, die zumindest zehn Wochenstunden umfasst, muss nachgewiesen werden. Während der Bildungsteilzeit muss die wöchentliche Arbeitszeit mindestens zehn Stunden betragen. Die wöchentliche Arbeitszeit muss um ein Viertel bis um die Hälfte herabgesetzt werden – mindestens vier Monate, höchstens zwei Jahre lang.

Für die Arbeitszeit wird man natürlich weiterhin von der Arbeitgeberin bezahlt; für die reduzierte Zeit bekommt man ein Bildungsteilzeitgeld vom AMS. Für eine Arbeitszeitreduktion von 20 Wochenstunden sind das zum Beispiel 456 Euro im Monat.

Die reduzierte Arbeitszeit muss mit der Arbeitgeberin vereinbart werden. Das Bildungsteilzeitgeld muss – noch vor Beginn der Bildungsteilzeit – beim AMS beantragt werden. Auch hier muss ein Leistungsnachweis erbracht werden.

„Aus- und Weiterbildungen sind im In- und Ausland möglich. Nicht akzeptiert werden Kurse aus dem Freizeit- und Hobbybereich ohne beruflichen Bezug.“

MAGISTRART

Das Podium für Kunst & Können im Wiener Magistrat

Wir suchen Gedichte, Kurzgeschichten, Lyrik, Satiren, Fotos, Aquarelle, Zeichnungen, Skulpturen, Keramik, Handarbeit, Kompositionen, Schauspiel, Tanz, Artistik – also alles, was Kunst & Können zu bieten haben.

Wenn Sie eine kreative Mitarbeiterin oder ein kreativer Mitarbeiter sind, schreiben Sie uns – und vielleicht sind dann Ihre Werke demnächst auf dieser Seite zu sehen. Mit Ihrer Einsendung sind Sie mit einer honorarfreien Veröffentlichung in der Zeitschrift „teamwork“ sowie auf www.fsg-hg1.at einverstanden.

Die Beschreibung Ihrer Arbeit und die Kontaktdaten sollten als Word-Dokument übermittelt werden. Die angehängten, aber nicht ins Word-Dokument eingebauten Fotos in den Formaten *.jpg oder *.tif sollten max. 800 x 600 Pixel, Auflösung mindestens 72 dpi, haben.

Kontaktadresse: magistrART@hg1.at



„Brennendes Orange“ – Jelka Fröhlich, MA 54
 Wachs, jelka.froehlich@wien.gv.at



„Herbst am Wienerberg“ – Manfred Rohrhofer, MA 53
 Canon SX220, manfred.rohrhofer@wien.gv.at

Nicht nur lachen

Lachen ist gesund, heißt es. Hier ist von einem Lachen die Rede, das auch ein wenig im Halse stecken bleiben kann. „Meschugge“ ist die Ausstellung betitelt, die im Jüdischen Museum in Wien Interessierte erwartet. Hier sind die Kuratoren dem jüdischen Witz und Humor auf der Spur und stellen deren Entwicklung durch die Jahrhunderte dar. Der jüdische Humor hat sich in den vergangenen 200 Jahren stark verändert – insbesondere durch den Antisemitismus und durch Vertreibung, Verfolgung und Vernichtung in der Nazi-Diktatur. In den Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 hat sich eine völlig neue Szene entwickelt, der ebenfalls Raum gegeben wird.

„Meschugge. Jüdischer Witz und Humor“ – Jüdisches Museum, 1., Dorotheergasse 16, sonntags bis freitags, 10 bis 18 Uhr; bis 8. September.



Bild: © Jüdisches Museum



Frauen im Krieg

„Women At War“: Der Titel der Ausstellung im Heeresgeschichtlichen Museum ist Programm, das die Kuratoren gewissenhaft abarbeiten. Dargestellt wird der Arbeitsalltag in der zerbrechenden Vielvölker-Monarchie während des Ersten Weltkriegs 1914 – 1918, der dadurch gekennzeichnet war, dass immer mehr Frauen in die unterschiedlichen Berufe einstiegen, während Männer an die Front beordert wurden. Viele der berufstätigen Frauen arbeiteten in der Rüstungsindustrie. Diese Entwicklung führte auch dazu, dass die Frauen stärker denn je ihre Gleichstellung einforderten.

„Women At War“, Heeresgeschichtliches Museum, 3., Arsenal, Objekt 1, täglich 9 bis 17 Uhr; bis 29. September.

Businessrun 2013



Die Bewegung für das Wohlbefinden und die Gesundheit förderlich ist, will die Hauptgruppe 1 auch heuer wieder viele KollegInnen und Kollegen dazu animieren beim Wien Energie Businessrun 2013 teilzunehmen. Ein Team besteht aus drei Personen (männlich, weiblich oder mix) und kann in den Disziplinen „Laufen oder Nordic Walking“ eine Strecke von 4,1 km bewältigen. Jeder Teilnehmer erhält vom Veranstalter eine Medaille und einen 0,5l Wien Energie Business Run Design Cup (Mehrwegbecher).

Wann: 5. September, ab 19.00 Uhr

Wo: Ernst-Happel-Stadion

Die ersten 150 Teams werden finanziell von der Hauptgruppe 1 unterstützt! Für GdG-KMSfB Mitglieder der HG1 – Startgebühr EUR 15 pro Team. Anmeldungen unter www.hg1.at

Malen, nicht singen

Udo Jürgens vorzustellen hieße Eulen nach Athen zu tragen. Aber nicht alle wissen, dass er mit vollem Namen „Udo Jürgen Bockelmann“ heißt und einen Bruder namens Manfred hat, für den er auch ein Lied komponiert und gesungen hat. Dessen Ausstellung „Zeichnen gegen das Vergessen“ kann derzeit im Museum Leopold im MuseumsQuartier besucht werden. Es sind überwiegend Kohlezeichnungen, auf denen Porträts von Kindern und Jugendlichen (zwischen zwei und 16 Jahren alt) dargestellt sind. Sie wurden in Nazi-Konzentrationslagern zwischen 1941 und 1945 ermordet.

„Zeichnen gegen das Vergessen“, Manfred Bockelmann im Museum Leopold, 7., Museumsplatz 1, täglich 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr; bis 2. September.



Bild: © Lukas Wögerer

Arm trotz Erwerbstätigkeit. Working Poor in Österreich

Arbeit schützt vor Armut nicht. Die Zahl der Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit arm oder armutsgefährdet sind, ist in den vergangenen Jahren europaweit stark gestiegen. Auch in Österreich ist mehr als eine Viertel Million Menschen von dieser Entwicklung betroffen. Das Buch „Arm trotz Erwerbstätigkeit. Working Poor in Österreich“ analysiert die Ursachen dieses Phänomens aus sozialwissenschaftlicher, ökonomischer, juristischer und ethischer Perspektive. ExpertInnen diskutieren Präventionsstrategien und zeigen Handlungsoptionen auf.

Walter Pfeil, Clemens Sedmak (Hrsg.) 2012: Arm trotz Erwerbstätigkeit. Working Poor in Österreich. Wien: ÖGB Verlag, 29,90 EUR, ISBN: 978-3-7035-1544-6.

Verteilen statt verspielen

Ungleiche Gesellschaften sind ökonomisch gefährdet, weil sie Krisenfaktoren verstärken: steigende Privatverschuldung, Einkommenskonzentration bei den SpitzenverdienerInnen, die ihr Vermögen auf den Finanzmärkten „für sich arbeiten“ lassen, also spekulieren. Die AutorInnen des Buches „Verteilen statt verspielen“ fordern ein radikales Umdenken und einen gesellschaftspolitischen Kurswechsel - hin zu einer Politik, die für eine faire Verteilung von Einkommen, Vermögen, Zeit, Bildungschancen und für ökologische Nachhaltigkeit eintritt und Spekulationen unterbindet.

Wolfgang Katzian, Lucia Bauer, David Mum (Hrsg.) 2012: Verteilen statt verspielen. Wege zu mehr Verteilungsgerechtigkeit. Wien: ÖGB Verlag, 29,90 EUR, ISBN: 978-3-7035-1562-0.

Fremdenrecht

Schwer zu verstehen, komplex und undurchsichtig: So wird das österreichische Fremdenrecht für gewöhnlich beschrieben. Kaum eine Rechtsmaterie ist für BürgerInnen so schwer zu erfassen. Das Buch „Fremdenrecht“ bringt Klarheit. Es stellt die Rechtslage für MigrantInnen und Flüchtlinge in Österreich verständlich und fundiert dar. Zahlreiche Beispiele aus der Praxis erläutern die wesentlichen Stationen eines aufenthalts-, beschäftigungs- und asylrechtlichen Verfahrens.

Sebastian Schumacher, Johannes Peyrl, Thomas Neuschwendtner (Hrsg.) 2012: Fremdenrecht. Wien: ÖGB Verlag, 29,90 EUR, ISBN: 978-3-7035-1430-2.

Mein Lieblingslokal

Asia Restaurant Klee Wok

Vielfältiges Buffet mit Spezialitäten aus China, Japan und Thailand.

In der Donaustadt in unmittelbarer Nähe des Reservegartens Hirschstetten gelegen, kommen die Teppanyaki-Liebhaber voll auf ihre Rechnung. Zu Beginn erwartet sie ein Sushi- und Maki-Angebot, das durch weitere Vorspeisen ergänzt wird. Eine reichhaltige Auswahl an Gemüse, Fisch, Meeresfrüchten und Fleisch in rohem Zustand ermöglicht ihnen, ihr spezielles Gericht selbst zusammenzustellen. Für die Zubereitung können sie aus zehn verschiedenen Saucen wählen, wobei auch die Liebhaber der intensiv gewürzten und scharfen Küche nicht zu kurz kommen. Wer es lieber traditionell hat, kann natürlich auch auf die bereits fertig zubereiteten Gerichte zugreifen.

Für WeinliebhaberInnen ist das Angebot sehr eingeschränkt, aber sie werden dafür einige andere flüssige Alternativen finden. Parkplätze sind ausreichend vorhanden!

 gerhard.heczko@wien.gv.at

22., Quadenstraße 31
 Täglich von 11.00 bis 23.00 Uhr geöffnet
www.kleewok.at



Bild © Richard Andraschko

Bewertung

Küche	29 (von 35)	Keller	5 (von 10)
Service	13 (von 15)	Atmosphäre	13 (von 15)
Preis/Wert	19 (von 20)	Familie	4 (von 5)

Insgesamt 83 Punkte (von 100 möglichen)

Schlaue Köpfe sind bei der Gewerkschaft

Gasthaus-Besucher

In der Amratsratstraße im 17. Wiener Gemeindebezirk gibt es nur sechs nebeneinander liegende Häuser. Alle sechs Bewohner sind regelmäßige Gasthaus-Besucher. Und jeder von ihnen hat natürlich auch ein Lieblingsgericht. Finden Sie anhand der Hinweise heraus, wie jeder Bewohner mit Vor- und Nachnamen heißt, in welchem Haus er wohnt und was sein Lieblingsgericht ist.

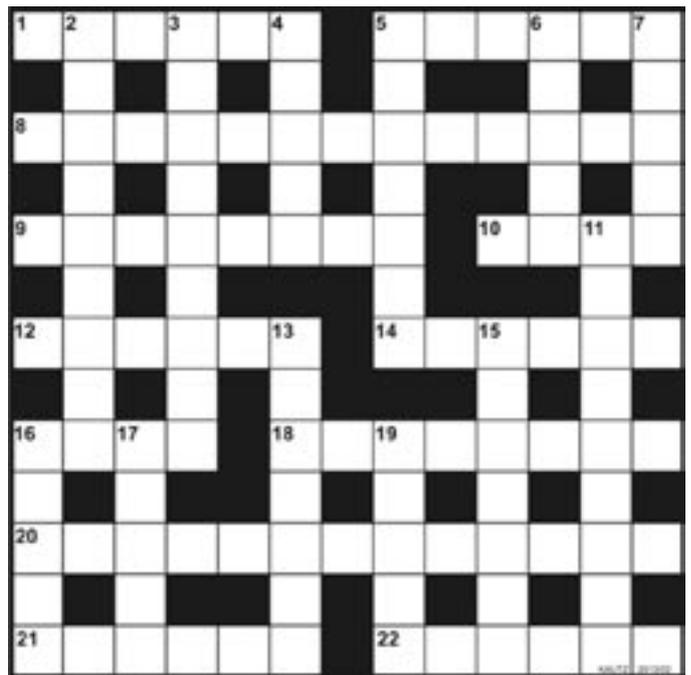
- Josie Zecher wohnt direkt neben der Person, die so gerne die Fleischpalatschinken isst.
- Die Hausnummer von Nipfer (bestellt sich immer ein Schweinsschnitzel) ist gerade.
- Die Person mit der Vorliebe für Schinkenfleckerl wohnt in Haus 5.
- Kathi isst so gerne Chicken Wings, ihre Hausnummer ist entweder zwei größer oder zwei kleiner als Frankies Hausnummer.
- Runde wohnt in Haus 3, Grügel aber nicht in Haus 6.
- Die Hausnummer der Person, die Chili con Carne bevorzugt, ist größer als Michels Hausnummer.
- Die Person namens Brauer – nicht Petra – wohnt nicht in Haus 1.
- Didi lebt in Haus 2.
- Seidls Hausnummer ist entweder zwei größer oder zwei kleiner als die Hausnummer der Person, die den Holzhackerteller so mag.

Vornamen: Didi, Frankie, Josie, Kathi, Michel, Petra

Nachnamen: Brauer, Grügel, Nipfer, Runde, Seidl, Zecher

Liebungsgerichte: Schinkenfleckerl, Chili con Carne, Schweinsschnitzel, Fleischpalatschinken, Chicken Wings, Holzhackerteller

Gekreuztes Worträtsel



Waagrecht: 1 Bratutensil 5 Prachtgebäude 8 Autokennzeichen 9 weibl. Filmmachwuchs 10 Korridor 12 Knochenfisch, unfreundlich 14 franz.: Gesicht 16 Ungeziefer 18 Schneiderbedarf 20 Aufführung 21 Frachtgut (Mz.) 22 scheinheilig

Senkrecht: 2 Mannschaftssportart 3 zahlenmäßig 4 weißlich, naturfarben 5 bejahend, Fotoabzug 6 Luftgeist bei Shakespeare 7 engl. Dynastie und Baustil 11 nicht objektiv urteilend 13 agieren 15 religiöse Handlung 16 unangenehm, peinlich 17 österr.: Sahne 19 Schuldsühnung (von unten!)



LINKS

RECHTS



Das war der „DEKATHLON 2013“

Bei schönstem Sonnenschein fand am 9. Juni der heuer erstmals organisierte „DEKATHLON“ im HG1-Sportzentrum am KSV-Platz im Prater statt. Die 10 Spiel-Stationen - Putten, Elfmeter, Reisball-Werfen, Würfeln, Tennis, Bogenschießen, Kegeln, Boccia, Billard und Krocket – waren alle ohne körperliche Anstrengung und Vorkenntnisse zu bewältigen. Mit viel Spaß und Ehrgeiz und durch gutes Essen und Trinken gestärkt nahmen ca. 130 Personen am „Zehnkampf“ für Singles, Paare und Familien teil. Die Punkte-Besten der jeweiligen Kategorie wurden bei der anschließenden Siegerehrung mit Sachpreisen, Medaillen und Pokalen bejubelt. Machen auch Sie mit beim nächsten „DEKATHLON“ am 13. September 2014! Noch mehr Fotos unter www.fsg-hg1.at.



Vermischtes

Mühsames Abtippen oder kurze Webadressen?

Da manche URLs viel zu lang sind, um sie fehlerfrei abtippen zu können, gibt es seit einiger Zeit sogenannte „Tiny URLs“, wie zum Beispiel statt www.gdg-kmsfb.at/servlet/ContentServer?pagename=C01B/Page/Index&n=C01_82.1.1.1 nur <http://goo.gl/daiEZ>. Diese Adresse ist genauso anklickbar wie die Originaladresse. Beim Webauftritt der FSG in der HG 1 www.fsg-hg1.at ist diese Kürzung nach einer technischen Umstellung nun im Allgemeinen entbehrlich, weil die Adressen logisch nachvollziehbar sind.

GdG übersiedelt wegen Renovierung

Weil das Gebäude der GdG in der Maria-Theresien-Straße 11 dringend saniert werden muss, übersiedelt man mit Mann und Maus (also auch die Kartenstelle) im Herbst in das Gebäude des ÖGB („Katamaran“) am Johann-Böhm-Platz 1 (77 A, U2 bis Donaumarina). Die Hauptgruppe 1 in der Zelinkagasse 4 bleibt, wo sie ist.

MA 49 und MA 6 an den Stadtrand übersiedelt

Ins denkmalgeschützte und sorgfältig umgestaltete Gebäude an der Triester Straße 114 - ein ehemaliges Schulgebäude, das man aus der Sitcom „MA 2412“ kennt - sind Forstamt und MA 6 - Abgabenwesen übersiedelt. Silvia Knackal, Engelbert Breitfuß, Michael „Mike“ Weber und Herr Claus sind nicht mitgekommen.



Bild: © PID/Christian Houdek

Auflösung von Seite 32:

Gasthaus-Besucher: Haus 1, Kathi Grügel, Chicken Wings; Haus 2, Didi Nipfer, Schweinsschnitzel; Haus 3, Franke Runde, Fleischpatatschinke; Haus 4, Josie Zecher, Holznackelteller; Haus 5, Michel Brauer, Schinkenfiletkeker; Haus 6, Petra Seidl, Chili con Carne
Waagrecht: 1 PFANNE 5 PALAST 8 NUMMERNSCHILD 9 STARLETT 10 FLUR 12 BARSCH 14 VISAGE
16 FLOH 18 NÄHEGÄRN 20 THEATERSTÜCK 21 LASTEN 22 BIGOTT
Senkrecht: 2 FAUSTBALL 3 NUMERISCH 4 ERKNE 5 POSITIV 6 ARIEL 7 TUDOR 11 UNGERECHT 13
HANDELN 15 SEGNUMG 16 FATAL 17 OBERN 19 ESSUB (BUSSE)



Bild: © Gerald Zugmann

Geburtstagskind Hauptbücherei

Täglich frisch mit ungezählten neuen Ideen und ständig wachsendem Angebot: So präsentiert sich die Hauptbücherei am Gürtel anlässlich ihres zehnten Geburtstags. Seit es das markante Gebäude bei der Stadthalle über den U-Bahn-Gleisen gibt, haben sieben Millionen Menschen 19 Millionen Bücher ausgeliehen, jeden Tag kommen rund 3.000 BesucherInnen. (www.buechereien.wien.at • <http://goo.gl/CZcHJ> [Futurezone])

MA 10: 5.000 kamen zu „MA 10:2015“ in die Stadthalle

5.000 KollegInnen folgten im April dem Ruf von Bildungsstadtrat Christian Oxonitsch und Kindergärten-Abteilungsleiterin Daniela Cochlár in die Stadthalle zur Informationsveranstaltung „Die Zukunft der Wiener Kindergärten gemeinsam gestalten“. Die Veranstaltung war Teil des Strategieentwicklungsprozesses „MA 10:2015“.

Schöne Fassade: Personalvertreter als „Staubfänger“

Eines Tages wird die Rathausfassade die WienerInnen wieder anstrahlen. Davor gibt's aber jede Menge Staub und Lärm, derzeit vor allem auch für die MitarbeiterInnen hinter der Fassade am Friedrich-Schmidt-Platz und am Hof 3 an der Lichtenfelsgasse. Personalvertreter Christian Römer setzte für besonders stark betroffene KollegInnen Ausweichräumlichkeiten in der Ebdorferstraße durch.

Sport: Darf's ein bisschen mehr sein?

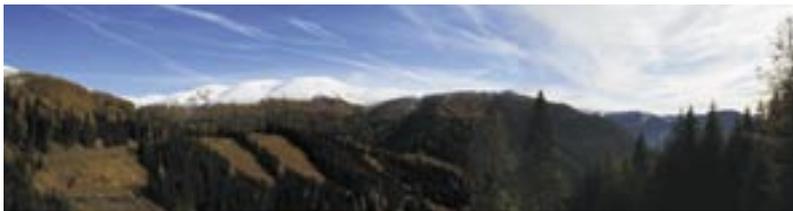
Das Sportzentrum der HG 1 im Prater spielt schon jetzt allerhand Stückln: Badminton, Fußball, Kegeln, Laufsport, Schach, Skifahren, Tennis und Tischtennis können Gewerkschaftsmitglieder der HG 1 zu sensationellen Preisen nützen. Ob vielleicht noch etwas fehlt, das sich mit realistischem Aufwand verwirklichen lässt, wollten wir von den teamwork-LeserInnen wissen. Die Renner beim Gebotenen und Gewünschten sind (in dieser Reihenfolge): Minigolf, Tennis, Beachvolleyball, Laufen, Tischtennis, Kegeln, Gymnastik und Fußball auf Klein- und Großfeld. Michael Kerschbaumer, KSV-Obmann: „Wir danken allen, die sich an dieser Umfrage beteiligt haben!“ Und er hat auch schon eine gute Nachricht parat: „Ein Beachvolleyball- und ein Fußball-Kleinfeld werden wir in absehbarer Zeit verwirklichen.“

Ins Vital Hotel Styria, um zu genießen!

Das Urlaubs- und Bildungshaus in Fladnitz an der Teichalm feiert sein 60-jähriges Bestehen.

Wer es kennt, kommt gerne immer wieder. Inzwischen ist das Vital Hotel Styria am Fuß der Teichalm bei Urlaubsgästen und Seminarveranstaltern gleichermaßen beliebt und ein weithin bekannter Feinschmecker- und Wellnesstipp. Seit 2009 und umfangreichen Umbauten und Renovierungen wohnt man heutzutage gerne in einem der 49 Komfort-Zimmer und genießt die „Verwöhn-Halbpension-plus“; man freut sich, dass die Kinder ihren Spaß auf dem großen Kinderspielplatz haben und die ganze Familie im vitalisierenden Meersalzwasser-Hallenbad planschen oder Runden drehen kann.

Im Jubiläumsjahr gibt es bis Oktober das Jubiläumspackage mit drei Nächtingungen und die Jubiläumswoche vom 15. bis 22. Dezember mit sieben Nächtingungen. Außerdem können sich die Gäste bis September auf ein tolles Rahmenprogramm wie „Seinerzeit“ freuen – Korb nähen, Sterz kochen, Bänderzaun gestalten, Schmiede-Arbeiten oder das Bewährte: ein Besuch beim Imker, wo man sich Fackeln selbst drehen kann. Ermäßigungen gibt es für Gewerkschaftsmitglieder und eine Kinderermäßigung im Zimmer der Eltern.



Urlaub zwischen Niederen Tauern und Nockbergen

Noch Platz im Urlaubskalender? Die HG1 hat vorgesorgt und eine Nichtraucher-Ferienwohnung in Kreischberg gemietet, die sie günstig an Gewerkschaftsmitglieder mit schmalerer Brieftasche weitergibt. Freizeitmöglichkeiten gibt es in dieser Gegend mehr als genug, vom Radfahren über Schwimmen, Reiten und Fischen bis – natürlich – zum Wandern und Spaziergehen. Viele weitere Tipps unter www.bergfex.at/sommer/murau-kreischberg/

Nähere Auskünfte und Reservierungen:
 Beate Orou, Tel.: 01/4000-83714, beate.orou@wien.gv.at



Leben gerettet, weil geholfen, wo es notwendig war

Um ein Haar wäre der alte Mann an seinem Herzstillstand gestorben. Doch die beiden Parksheriffs Reinhold Sarközi und Susanne Borbely, die zufällig im selben U-Bahn-Wagen unterwegs waren, retteten ihm, gemeinsam mit einer anwesenden Krankenschwester, durch Herzmassage das Leben. Die meisten anderen Fahrgäste sahen nur zu, einige drehten Videos mit ihren Handys. Renate Koger gab während einer psychosozialen Akutbetreuung einem plötzlich zusammengebrochenen Mann das Leben zurück. Ing. Raimund Herndl, Werkmeister Reinhard Neuer und Franz Grausenburger (Wasserbau) entrissen einen Kollegen nach einem Herzstillstand dem Tod, noch bevor die Rettung eintraf. Das gelang auch Markus Steiner, Gerhard Laula und Franz Bumba von der MA 48. Dr. Bettina Eder von der Wiener Berufsrettung erhielt die Auszeichnung stellvertretend für das Team, das den Opfern beim Zugunfall in Penzing im Jänner mit hohem personellem und technischem Einsatz half. Markus Breuer, Mitarbeiter des Forstamtes, erhielt den Preis für seinen außergewöhnlichen Einsatz rund um die ungewöhnliche, gefährliche Eislast auf den Bäumen speziell im Wienerwald und am Bisamberg, an den Weihnachtstagen 2012. Kürzlich gab es dafür Auszeichnungen der „Helfer Wiens“ – mit einem symbolischen Tropfen, der den Stein höhlt. Ebenfalls für ihr Engagement im Rahmen der „Helfer Wiens“ ausgezeichnet: Pascal Petric (Sofortmaßnahmen), Christine und Kurt Volny (Gesundheitsdienst), Christian Malek (Wiener Wasser) und Elisabeth Paschinger (Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht), Martin Heindl (Bürgerdienst), Dr. Walter Kirchmayer (Veterinärdienste und Tierschutz) und viele andere. „teamwork“ schließt sich dem Dank für die guten Taten an.

Wenn's dich eines Tages eiskalt erwischt

Manchmal kommt man in Situationen, die man sich nicht einmal in den schlimmsten Albträumen vorgestellt hätte. Dann braucht man einen Freund, der schnell hilft.

Es war wieder einer dieser stressigen Tage. Anna M. (den Namen habe ich geändert) ist nur mühsam hinter ihrem Schreibtisch auszumachen. Post-its mit schnell hingekritzelteten Telefonnummern, weil alle dringend Rückrufe fordern. Akten, die sich nach Art des Zauberlehrlings zu verdoppeln scheinen, sobald einer erledigt wird. „Das muss heute noch fertig werden“, sagt der Chef und legt einen neuen Packen Papier auf M.s Arbeitsplatz. Das Telefon läutet unaufhörlich, und bei der Tür schauen KundInnen immerzu ungeduldig herein, weil sie sich vergessen fühlen.

Anna M. hat längst Bluthochdruck, unaufhörliche Magenschmerzen, Kopfweh – und merkt, dass trotz aller Anstrengungen die Kräfte nicht ausreichen werden, um das alles zu schaffen. Da bimmelt schon wieder das Telefon. Ob sie denn schlafe, will der Mann wissen, er rufe jetzt schon zum dritten Mal innerhalb einer Woche an, und den Bescheid habe er noch immer nicht. Auch wenn M. ihre Nerven fest im Zügel zu halten glaubt und sich ständig selbst diszipliniert, bricht es aus ihr heraus. Sie sei es in Wirklichkeit, die sich bis zur Selbstaufgabe abrackert, sagt sie, aber die Vorgesetzten, von den PolitikerInnen abwärts, hätten kein Geld für ausreichend Personal. Das interessiert den Anrufer nicht, er beschwert sich und beschert der Kollegin ein Disziplinarverfahren, das sich gewaschen hat. Sie wird, völlig überzogen, vom Dienst suspendiert, verliert ein Drittel ihres Bezuges, weiß nicht, wie es weitergehen und wovon ihre Familie künftig leben soll. Zumal sogar eine Kündigung droht.

Einziger Begleiter in dieser Zeit ist die Gewerkschaft. Gut, wenn man sich rechtzeitig für die Gewerkschaftsmitgliedschaft entschieden hat!

Michael Kerschbaumer

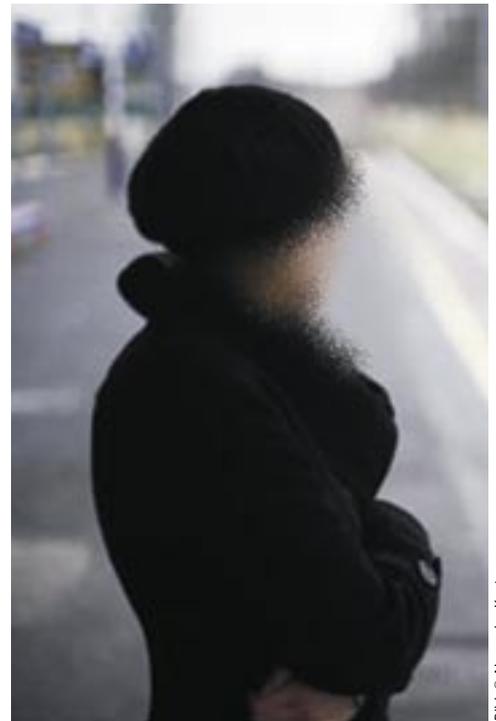


Bild: © Alexander Kautz

teamwork

Nr. 02/2013

Sponsoring-Post

Verlagspostamt 1010 Wien

Zulassungsnummer

GZ02Z030516S

DVR: 0046655